



Kommunalwahlen 2026

Die letzten Wahlen vor der Präsidentschaftswahl 2027

Am 15. und 22. März werden die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der über 34.000 Gemeinden Frankreichs gewählt. Diese Kommunalwahl ist der letzte Stimmungstest vor den Präsidentschaftswahlen im Jahr 2027. Die Ergebnisse der beiden Wahlgänge im März werden ermöglichen, besser zu verstehen, welche politischen Dynamiken den Wahlkampf beeinflussen werden und welche Bündniskonstellationen dabei entstehen könnten.

Zur besseren Einordnung der politischen Herausforderungen dieser Wahl und ihrer Ergebnisse werden wir in den kommenden Wochen thematische Dossiers zum Wahlsystem und zu den verschiedenen politischen Lagern sowie Analysen der lokalen Konstellationen und Wahlergebnisse veröffentlichen. Außerdem werden wir auf dieser Seite Interviews mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des dfi zur Kommunalwahl einbinden.

Analyse des zweiten Wahlgangs der Kommunalwahlen 2026

Kurzanalyse der Ergebnisse nach der zweiten Runde der Kommunalwahlen (Stand 23.03.2026)

Die 2. Runde der französischen Kommunalwahlen ist vorbei. Die Wählerinnen und Wähler haben entschieden, und die Ergebnisse zeigen einige Dynamiken, die gerade mit Blick auf die im kommenden Jahr anstehenden Präsidentschaftswahlen interessant sind.

Zunächst ist festzustellen, dass die beiden traditionellen Regierungsparteien Frankreichs, die Parti socialiste und die konservativen LR, auf lokaler Ebene weiterhin eine wichtige Rolle spielen. Für die PS gilt das vor allem in den Großstädten, für LR in den Klein- und Mittelstädten.

Den Erfolgen der Sozialisten in Paris, Marseille, Lille oder Rennes, wo ihre Kandidaten sich einem Bündnis mit LFI verweigert haben, stehen Niederlagen in einer Reihe von Städten gegenüber, in denen sie – trotz der großen Differenzen – eine solche Allianz eingegangen sind, teilweise als Juniorpartner (wie in Toulouse). In den größten Städten ist es nur der Bürgermeisterin von Nantes, Johanna Rolland gelungen, trotz der Bildung einer gemeinsamen Liste mit LFI die zweite Runde knapp für sich zu entscheiden. Das hat noch am Wahlabend zu Reaktionen auf nationaler Ebene geführt (darunter vom Fraktionsvorsitzenden der Sozialisten in der Assemblée nationale, Boris Vallaud, und von Ex-Präsident Hollande), die in den Ergebnissen einen Beleg sehen, dass sich Bündnisse mit LFI nicht auszahlen, sondern der Partei schaden. Die Kritik richtet sich damit auch gegen Parteichef Olivier Faure, der den lokalen PS-Vertretern die Entscheidung überlassen hat, ob sie gemeinsame Listen mit LFI bilden oder nicht. Hinzu kommt der Erfolg von Catherine Trautmann in Strasbourg, die von Faure für ihr Wahlbündnis mit dem Zentristen stark kritisiert worden ist. Insgesamt könnte das die Position des Parteivorsitzenden also schwächen.

Auch die Erfahrung der Grünen, die vor sechs Jahren mehrere Rathäuser in französischen Städten erobert hatten, sind diesbezüglich gemischt. Der im zweiten Wahlgang mit LFI verbündete grüne Bürgermeister von Lyon, Gregory Doucet, hat einen hauchdünnen Sieg eingefahren. In Grenoble konnte sich die von den Grünen und LFI unterstützte Spitzenkandidatin Laurence Ruffin gegen ihren konservativen Herausforderer am Ende klar durchsetzen, und auch in Tours hat der grüne Amtsinhaber gewonnen (auf seiner Liste befanden sich ebenfalls LFI-Kandidaten; die Situation ist dort aber insofern besonders, als es bereits in den vergangenen sechs Jahren eine Zusammenarbeit gab, seine Stellvertreterin von LFI, Marie Quinton, aber dann entschied, im ersten Wahlgang mit einer eigenen Liste ins Rennen zu gehen). Demgegenüber stehen Niederlagen in Strasbourg, Poitiers und Besançon, wo sich die Allianz mit LFI für die grünen Amtsinhaber nicht ausgezahlt hat.

Die Diskussionen über Pro und Contra eines breiten linken Bündnisses unter Beteiligung von LFI werden nach diesen Erfahrungen insbesondere bei den Sozialisten, aber auch bei den Grünen und der PCF weitergehen und mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen an Brisanz gewinnen.

Unterdessen fühlt sich die Parteispitze von LFI angesichts mehrerer gewonnener Rathäuser und einer gestiegenen Zahl von Stadt- und Gemeinderäten in ihrem konfrontativen Kurs bestätigt. Neben dem Wahlsieg in Roubaix zeigen auch die Erfolge in den von Zuwanderung und Armutsgefährdung geprägten Vorstädten von Paris (Saint Denis, La Courneuve) und Lyon (Vaulx-en-Vélin, Vénissieux), dass es LFI zunehmend gelingt, die dortige, meist Jahrzehnte währende Vorherrschaft von Kommunisten und Sozialisten zu brechen. Außerdem verfügt LFI über eine starke junge Wählerbasis in den Zentren großer französischer Universitätsstädte wie Toulouse, Lille oder Rennes, die auch bei den Kommunalwahlen mobilisiert werden konnte. Auf dieses Wählerreservoir wird sich LFI auch in Zukunft stützen, um die 2024 auf nationaler Ebene errungene dominante Stellung im linken Lager zu konsolidieren.

Die konservativen LR zeigen sich zufrieden mit den Ergebnissen, die ihre immer noch starke Verankerung in der Fläche, vor allem in Mittel- und Kleinstädten, verdeutlichen. Außerdem ist es ihnen teilweise gelungen, sozialistische Hochburgen zu erobern, darunter Brest und Clermont-Ferrand (auch dort übrigens war die PS im zweiten Wahlgang Zweckbündnisse mit LFI eingegangen). Dem gegenüber stehen die für LR bitteren Niederlagen in den Großstädten, allen voran in Paris und Lyon. In Nîmes muss sie nach 25 Jahren das Rathaus verlassen, dort übernimmt das Linksbündnis (ohne LFI) des kommunistischen Spitzenkandidaten Vincent Bouget.

Der Rassemblement national reklamiert ebenfalls einen Wahlerfolg für sich, da die Partei die Zahl ihrer Bürgermeister (über 60) sowie Stadt- und Gemeinderäte deutlich erhöht hat (von rund 800 auf über 3.000), was ihr auch bei den Senatswahlen im September nutzen kann. In Gemeinden ab 3.500 Einwohnern stellt der RN nunmehr 57 Rathauschefs (2020 waren es 9). Zuwächse konnte die Partei insbesondere dort verzeichnen, wo sie schon längere Zeit stark ist: im Süden entlang der Mittelmeerküste und im Norden (Hauts-de-France). Hinzu kommen einzelne kleinere Erfolge im Osten (Lothringen und Elsass). Offenbar wurde dabei, dass der *front républicain* vielerorts nicht mehr existiert, d.h. RN-Kandidaten konnten u.a. deshalb gewinnen, weil Parteien der gemäßigten Rechten und Linken ihre konkurrierenden Listen (anders als in der Vergangenheit) aufrechterhalten haben, wie z.B. in Carcassonne. Nichtsdestotrotz konnte der RN bei den Kommunalwahlen bei weitem nicht die Zustimmungswerte erreichen, die ihn 2024 zur stärksten Oppositionsfraktion in der Assemblée nationale gemacht haben. Auch ist es nicht gelungen, Siege in größeren Städten zu erringen. Zwar hat in Nizza der mit dem RN verbündete Eric Ciotti – wie erwartet – die zweite Runde für sich entschieden, aber in Marseille, Toulon und Nîmes, wo sich die Partei Hoffnungen gemacht hatte, ist sie unterlegen. Es bleibt also dabei, dass sie nur in einer der 42 französischen Großstädte über 100.000 Einwohner den Bürgermeister stellt (Perpignan).

Die Niederlagen führt v.a. Parteichef Jordan Bardella auf mangelnde Unterstützung durch die Konservativen zurück, deren schlechter platzierte Kandidaten sich (anders etwa als der RN in Paris) nicht zurückgezogen haben, um so einen „rechten“ Sieg (genauer der Rechtsextremen) zu ermöglichen. Dabei zeigt sich, dass es bei LR teils widersprüchliche Signale gibt. So hat Parteichef Bruno Retailleau – trotz interner Kritik – die Kandidatur von Eric Ciotti in Nizza zumindest wohlwollend begleitet, war aber nicht bereit, in Marseille auf einen Rückzug von Martine Vassal zugunsten von Franck Allisio zu drängen. Er setzt – auch mit seiner bereits angekündigten Präsidentschaftskandidatur – darauf, LR als zentrale und eigenständige Partei mit einem klaren Machtanspruch zu erhalten, anstatt (wie Ciotti) den Schulterschluss mit dem RN zu suchen und die Brandmauer endgültig einzureißen. Diese Ambiguität im Verhältnis zur extremen Rechten wird in den nächsten Wochen und Monaten weiter für Gesprächsstoff sorgen.

Das Zentrum mit den Parteien Renaissance, Horizons und MoDem hat insgesamt eher enttäuschend abgeschnitten, auch wenn Édouard Philippe (Horizons) in Le Havre wiedergewählt wurde und Thomas Cazenave (Renaissance) in Bordeaux den grünen Bürgermeister knapp besiegt hat. Aufmerksamkeit erfuhr außerdem noch der Wahlsieg in Annecy. Demgegenüber steht die Niederlage von Ex-Premier François Bayrou (MoDem), der in Pau das Rathaus nach 12 Jahren im Amt verlassen muss. Unterm Strich haben vor allem Zentrumskandidaten gewonnen, die eher im gemäßigt-konservativen Lager zu verorten sind. Gleichzeitig wurde mit der umstrittenen Strategie, Kandidaten der politischen Rechten zu unterstützen (insbesondere Rachida Dati in Paris und Jean-Michel Aulas in Lyon) das Risiko eingegangen, gemäßigte Mitte-Links-Wähler zu verlieren, die seit 2017 ins Macronlager gewechselt waren.

Mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr stehen vor allem die gemäßigten Parteien vor der schwierigen Aufgabe, Ambiguitäten zu vermeiden und eine überzeugende Strategie zu entwickeln. Es ist offensichtlich, dass dies insbesondere die PS und LR angesichts widerstreitender Auffassungen zum Umgang mit den politischen Rändern vor eine erneute Zerreißprobe stellt.

Die Ergebnisse in den bereits vorgestellten Städten

Auch im zweiten Wahlgang war die Wahlbeteiligung niedrig: Nur 57,82 % der Wahlberechtigten haben ihre Stimme abgegeben. Das ist, die Wahl 2020 während der COVID-19-Pandemie ausgenommen, der niedrigste Wert seit der Gründung der V. Republik. Die lokalen Unterschiede sind dabei erheblich: In Roubaix lag die Beteiligung bei 37,48 %, in Lyon hingegen bei 66,06 %.

Paris

Die Liste des sozialistischen Kandidaten Emmanuel Grégoire konnte mit 50,52 % die absolute Mehrheit der Stimmen

gewinnen. Die Liste der rechten Kandidatin Rachida Dati, die ein Bündnis mit der Liste von Pierre-Yves Bournazel eingegangen war und die vom Rückzug der Liste von Sarah Knafo profitierte, konnte ihren Stimmanteil im Vergleich zum ersten Wahlgang zwar um 17 % steigern, verfehlte mit 41,52 % aber deutlich den Wahlsieg. Die LFI-Liste unter Führung von Sophia Chikirou erhielt 7,96 % der Stimmen und damit 3,76 Prozentpunkte weniger als im ersten. (Wahlbeteiligung: 61,6 %) Lyon

Die Liste des amtierenden Bürgermeisters Grégory Doucet, die nach dem ersten Wahlgang ein technisches Bündnis mit der Liste des LFI geschlossen hatte, konnte sich mit 50,67 % knapp gegen die von Jean-Michel Aulas (49,33 %) behaupten (am Ende gaben rund 3.000 Stimmen den Ausschlag). Auf Ebene des Kommunalverbands (Métropole) war jedoch kein Bündnis zwischen den linken Parteien zustande gekommen. Die Liste der LR-Kandidatin Véronique Sarselli erhielt 92 der 150 Sitze in diesem Gremium, aller Voraussicht nach wird Sarselli zur nächsten Präsidentin der Métropole gewählt werden. (Wahlbeteiligung: 66,06 %)

Marseille

In Marseille gewann der amtierende sozialistische Bürgermeister Benoît Payan mit 54,34 %. Seine Weigerung, ein Bündnis mit der Liste des LFI einzugehen, hat sich damit für ihn politisch ausgezahlt. Sein wichtigster Herausforderer, der RN-Kandidat Franck Allisio, erreichte 40,3 %. Die Liste der Kandidatin der politischen Mitte und bürgerlichen Rechten, Martine Vassal, erhielt lediglich 5,36 % und damit fast 7 Prozentpunkte weniger als im ersten Wahlgang, schaffte aber knapp den Einzug in den Stadtrat. (Wahlbeteiligung: 55,4 %)

Nizza

In Nizza bestätigte Eric Ciotti sein starkes Ergebnis aus dem ersten Wahlgang. Mit 48,54 % setzte er sich gegen seinen Rivalen Christian Estrosi (37,2 %) durch. Die Liste der grünen Kandidatin Juliette Chesnel-Le Roux erreichte 14,26 %. (Wahlbeteiligung: 55,92 %)

Strasbourg

In Strasbourg war die Ausgangslage vor dem zweiten Wahlgang besonders offen. Das Bündnis der Sozialistin Catherine Trautmann mit dem Zentristen Pierre Jakobowicz setzte sich hier mit 37 % durch. Die Liste der amtierenden Bürgermeisterin Jeanne Barseghian (Grüne), die sich vor dem zweiten Wahlgang mit der des LFI verbündet hatte, kam auf 31,7 %. Die des LR-Kandidaten Jean-Philippe Vetter erreichte 31,29 %. (Wahlbeteiligung: 60,07 %)

Le Havre

In der größten Stadt der Normandie gewann der amtierende Bürgermeister Édouard Philippe, der auch schon seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl 2027 angekündigt hatte und durch diesen Wahlerfolg Rückenwind erhält. Trotz negativer Umfragen erhielt er 47,71 % der Stimmen. Seine Herausforderer Jean-Claude Le Coq (PCF) und Franck Keller (UDR) kamen auf 41,17 % bzw. 11,12 %. (Wahlbeteiligung: 53,72 %)

Roubaix

Vor dem zweiten Wahlgang galt der LFI-Abgeordnete David Guiraud als Favorit. Mit 53,19 % setzte er sich deutlich gegen den amtierenden Bürgermeister Alexandre Garcin (25,55 %), den Sozialisten Karim Amrouni (11,3 %) und die RN-Kandidatin Céline Sayah (9,97 %) durch. (Wahlbeteiligung: 37,48 %)

Bordeaux

In Bordeaux galt der Macronist Thomas Cazenave nach dem Rückzug des unabhängigen Kandidaten Philippe Dessertine als klarer Favorit. Sein Sieg fiel mit 50,95 % knapper aus als erwartet, aber er konnte sich doch gegen den amtierenden Bürgermeister Pierre Hurmic durchsetzen. (Wahlbeteiligung: 57,01 %)

Die Lage vor dem zweiten Wahlgang

In über 33.000 (95,6 %) Gemeinden Frankreichs wurde der Gemeinde- bzw. Stadtrat bereits im ersten Wahlgang der Kommunalwahlen 2026 am 15. März gewählt, da hier eine der zur Wahl stehenden Listen eine absolute Mehrheit auf sich vereinigen konnte. In über 1.500 (4,4 %) Kommunen ist eine Stichwahl nötig, die am 22. März stattfinden wird. Dies ist vor allem in größeren Städten der Fall, in 58 % der Kommunen mit mehr als 20.000 Einwohnern sind die Wählerinnen und Wähler dazu aufgerufen, ein zweites Mal ihre Stimme abzugeben. Wie stellt sich also die Lage vor dem zweiten Wahlgang dar?

Möglichkeiten der Listen zwischen den Wahlgängen

Alle Listen, die im ersten Wahlgang mehr als 10 % der Stimmen erhalten haben, waren für die Stichwahl qualifiziert. Listen, die zwischen 5 % und 10 % der Stimmen erreicht haben, konnten sich einer der qualifizierten Listen anschließen. Dabei treten nicht alle qualifizierten Listen erneut an, bisweilen ist es strategisch sinnvoller, sich mit anderen Listen zusammenzuschließen. Folgende Optionen standen ihnen für den zweiten Wahlgang offen (die Entscheidung musste bis spätestens Dienstag, 17. März, 18 Uhr, getroffen werden):

- Die eigene Liste aufrechtzuerhalten und ohne Veränderungen erneut einzureichen.
- Sich mit einer oder mehreren Listen zusammenzuschließen. Solche Bündnisse können entweder programmatischer oder technischer Natur sein.
 - Für ein programmatisches Bündnis wird eine gemeinsame politische Grundlage ausgearbeitet, die sowohl eine teilweise Zusammenführung der Positionen als auch der Kandidaten auf einer Liste zur Folge hat. Es geht also um kurzfristige Absprachen, bei denen Kompromisslinien und Schnittmengen definiert und die Rangfolge der Kandidaten neu sortiert werden. Auf der fusionierten Liste finden sich dann Bewerberinnen und Bewerber der beiden ursprünglichen Listen. Den Schlüssel für die Verteilung der Listenplätze handeln die Spitzenkandidaten mit ihren Teams aus. Hier handelt es sich um eine „eingübte“ Vorgehensweise.

- Bei einem technischen Bündnis treten die fusionierten Listen zwar gemeinsam an, sind jedoch nicht verpflichtet, ein gemeinsames Programm zu entwickeln. Im Fall eines Wahlsiegs profitieren die Partner gemeinsam vom Mehrheitsbonus (50 %; in Paris, Lyon und Marseille 25 %) und teilen sich die Mehrheit der Sitze im Stadtrat. Jede Gruppierung kann dann eine eigene Fraktion bilden. Der gemeinsam gewählte Bürgermeister verfügt in diesem Fall jedoch nicht zwingend über eine stabile Mehrheit. Es kann auch auf eine Duldung und eine rein projektbezogene Zusammenarbeit hinauslaufen, was an Minderheitsregierungen erinnert, in der kommunalen Praxis bisher aber selten umgesetzt worden ist.
- Schließlich kann eine qualifizierte Liste auch entscheiden, auf eine Teilnahme an der Stichwahl und folglich auf das Erringen von Mandaten zu verzichten. In diesem Fall können ihre Vertreter eine Wahlempfehlung aussprechen, die für ihre Wähler natürlich nicht bindend ist. Diese Option wurde in der Vergangenheit meist dann gewählt, wenn die programmatischen Unterschiede zwischen zwei Listen zu groß für eine Fusion waren, durch den Rückzug der weniger aussichtsreich platzierten Liste aber der Wahlsieg des Rassemblement national (bzw. des früheren Front national) verhindert werden konnte (sogenannter *front républicain*). Wenn sich also etwa in der Stichwahl ein enges Rennen zwischen Kandidaten der gemäßigten Linken oder Rechten mit Vertretern des RN abzeichnete, und noch eine weitere (abgeschlagene) gemäßigte Liste qualifiziert war, zog sich diese ggf. zurück.

Mehrfachkonstellationen im zweiten Wahlgang

Auch bei den Kommunalwahlen 2026 haben sich – wie schon 2020 – in den meisten Fällen mehr als zwei Listen für die Stichwahl qualifiziert. Der Grund liegt in der Zersplitterung der politischen Landschaft Frankreichs, die sich immer deutlich auch auf lokaler Ebene manifestiert – vor allem in den größeren Städten.

Nach den bis Dienstagabend erfolgten Listenfusionen hat sich die Ausgangssituation dann noch einmal deutlich verändert: Die Zahl der Duelle ist massiv gestiegen, in den meisten Fällen kommt es zu Dreierkonstellationen (darunter in 26 der 42 französischen Städte mit mehr als 100.000 Einwohnern). Ein gutes Beispiel dafür ist die Stadt Rennes, wo sich die amtierende PS-Bürgermeisterin gegen Kandidaten der Macronisten und von LFI behaupten muss. Deutlich zurückgegangen ist die Zahl der Fälle, in denen vier oder fünf Listen zur Wahl stehen.

Einige Beispiele:

- In Saint-Etienne treten vier Listen an: Valentine Mercier (LFI), Régis Juanico (restliche Linksparteien), Dino Cinieri (Renaissance) und et Coërentin Jousserand (RN).
- In Poitiers stellen sich fünf Listen zur Wahl, sechs wären hier für die Stichwahl qualifiziert gewesen: Die amtierende Bürgermeisterin Léonore Moncond'huy (die Grünen) konnte ein Bündnis mit dem LFI-PCF Kandidaten Bertrand Geay schließen. Im zweiten Wahlgang muss sie sich gegen Anthony Brottier (Zentristen), François Blanchard (PS), Charles Rangheard (RN-UDR) und Lucile Parnaudeau (weitere Rechte) durchsetzen.
- In der kleinen Stadt Saint-Jean-de-Védas (Hérault) hätten sogar sieben Listen am zweiten Wahlgang teilnehmen können, hier stellen sich letztlich fünf zur Wahl.

Verbliebene Listen nach dem ersten Wahlgang und nach den Listenfusionen

| | Nach dem ersten Wahlgang | Nach den Listenfusionen |
|---------------|--------------------------|-------------------------|
| Zwei Listen | 78 | 557 |
| Drei Listen | 1.081 | 823 |
| Vier Listen | 354 | 171 |
| Fünf Listen | 49 | 17 |
| Sechs Listen | 5 | 0 |
| Sieben Listen | 1 | 0 |

Quelle: [Le Monde](#)

Vor dem zweiten Wahlgang zeigt sich ein Trend: Mit wenigen Ausnahmen haben die linken Parteien zumindest in den

Großstädten – aus pragmatischen und wahltaktischen Gründen – mehr oder weniger zu einer Strategie der Einheit zurückgefunden, auch wenn es insgesamt immer noch etliche Fälle gibt, in denen sie sich gegenseitig Konkurrenz machen (am häufigsten PS und LFI). Die geschlossenen Bündnisse fallen dabei sehr unterschiedlich aus. In Toulouse haben Sozialisten und LFI beispielsweise ein Abkommen geschlossen, gemäß dem der im ersten Wahlgang besser platzierte LFI-Spitzenkandidat im Falle eines Wahlsiegs Bürgermeister werden soll, während der PS-Kandidat die Leitung der Metropole übernehmen soll. In Lille hingegen sicherte sich der amtierende sozialistische Bürgermeister die Unterstützung der Grünen gegen LFI. Dabei bedauerte die Jugendorganisation der Grünen in Lille den Mangel an interner Demokratie bei dieser Entscheidung der lokalen Führungsspitze und distanzierte sich von der Grünen-Liste. Bündnisse mit LFI sind mit Blick auf die großen Differenzen, die sich auf nationaler Ebene manifestieren, allerdings nicht unumstritten: In Nantes führte etwa eine technische Allianz mit LFI zum Rücktritt des ersten Stellvertreters der PS-Bürgermeisterin.

Der Rassemblement national ist in den Städten noch häufig im Rennen und kann sich trotz der Bündnisse, die gegen seine Kandidaten geschlossen wurden, mancherorts Hoffnungen auf einen Wahlerfolg machen (z.B. in Nîmes und Carcassonne). Auch die konservativen LR sind noch in vielen Stichwahlen vertreten, während die Präsidentenpartei nahezu keine Rolle mehr spielt.

Und in den Städten, die wir vor dem ersten Wahlgang vorgestellt haben?

Paris

Besonders interessant wird es in der französischen Hauptstadt, wo die Listen von Rachida Dati (Les Républicains) und Pierre-Yves Bournazel (Horizons) ein Wahlbündnis geschlossen haben. Bournazel selbst, ebenso wie der ehemalige Minister und Macron-Vertraute Clément Beaune (Renaissance) stehen aber auf eigenen Wunsch nicht mehr zur Wahl, da sie eine Allianz mit der Liste von Dati nicht persönlich unterstützen wollen. Die Liste von Sarah Knafo (Reconquête !) hat ihre Kandidatur ebenfalls zurückgezogen, um die Chancen von Dati auf einen Wahlsieg zu erhöhen.

Zu ihren Gunsten spricht auch, dass sich die linken Parteien ausgerechnet in Paris nicht einigen konnten: Ein Bündnisangebot von Sophia Chikirou (LFI) lehnte der sozialistische Spitzenkandidat Emmanuel Grégoire, der sich bereits zu Beginn des Wahlkampfs gegen eine Zusammenarbeit mit LFI ausgesprochen hatte, ab.

Lyon

In Lyon hat die Liste des amtierenden Bürgermeisters Grégory Doucet (die Grünen) überraschend 37,68% der Stimmen im ersten Wahlgang erhalten. Um einen Sieg gegen den Kandidaten der politischen Mitte und bürgerlichen Rechten, Jean-Michel Aulas, zu sichern, hat Doucet mit LFI ein „technisches Linksbündnis“ geschlossen, obwohl sich führende Vertreter der lokalen Linken (wie Hélène Geoffroy (PS) und Michèle Picard (PCF), Bürgermeisterinnen von Vaulx-en-Velin und Vénissieux) dagegen ausgesprochen hatten. Auf Ebene der Métropole-Lyon konnte hingegen keine gemeinsame Lösung gefunden werden, die Linksparteien treten hier ein zweites Mal mit mehreren Listen an.

Marseille

In Marseille treten drei Listen zur Stichwahl an. Bürgermeister Benoît Payan (Printemps marseillais, gemäßigte Linke) lehnte ein Bündnis mit LFI ab und reichte frühzeitig seine Liste ein, um Verhandlungen zu vermeiden. Der LFI-Kandidat zog daraufhin seine Liste zurück, um Payans Chancen nicht zu gefährden und v.a. einen Sieg des RN zu verhindern.

Auf der rechten Seite konkurrieren RN und bürgerliche Rechte miteinander. Franck Allisio, der Spitzenkandidat des RN, ist auf zusätzliche Unterstützung angewiesen, die von Les Républicains unterstützte Liste von Martine Vassal, die im ersten Wahlgang lediglich 12,4 % erhalten hatte, hat ihre Kandidatur allerdings aufrechterhalten – sehr zum Ärger der RN-Parteispitze.

Nizza

In Nizza hat der mit dem RN verbündete Kandidat Eric Ciotti (UDR) gute Chancen auf einen Wahlsieg. Der amtierende Bürgermeister Christian Estrosi (Horizons) versuchte erfolglos, die Kandidatin der Grünen zum Rückzug ihrer Liste im Sinne eines „front républicain“ zu bewegen.

Der Chef der Républicains, Bruno Retailleau, wollte zudem keine Wahlempfehlung für Estrosi und gegen den früheren LR-Parteichef Ciotti abgeben. Zwar hatte seine Partei eine Vereinbarung mit Horizons, die auch Nizza umfasste, jedoch sei der Wahlkampf Estrosis „verheerend“ gewesen. Er kritisierte in diesem Zusammenhang auch, dass der amtierende Bürgermeister um Stimmen aus dem linken Lager geworben habe, was Retailleau stark kritisierte.

Strasbourg

In Strasbourg ist der zweite Wahlgang aufgrund der verschiedenen geschlossenen Listenfusionen besonders spannend. Anfänglich zurückhaltend gegenüber einer Allianz mit LFI war die amtierende Bürgermeisterin Barseghian von den Grünen schließlich doch zu einem Bündnis mit den Linksradiakalen bereit. Diese Entscheidung wurde intern heftig kritisiert, einige ihrer Listenmitglieder (von den Kleinparteien Place publique und Génération Écologie) haben ihre Kandidatur daraufhin aus Protest zurückgezogen.

Die Sozialistin Catherine Trautmann, die am Abend der ersten Runde vorne lag, hat ihrerseits ein Bündnis mit dem Zentristen Pierre Jakubowicz geschlossen. PS-Parteichef Olivier Faure kritisierte diese Entscheidung allerdings scharf: Er wolle keine Kooperation mit der Partei Horizons, die überall im Land rechte Kandidaten unterstütze. Hinzu kommt, dass Jakubowicz nicht die Unterstützung seiner Partei hat, die sich klar für den LR-Kandidaten Vetter ausspricht. Letzterer hat kein Wahlbündnis geschlossen, verfügt jedoch über eine gute Wahldynamik, die am Abend des zweiten Wahlgangs entscheidend sein könnte.

In Strasbourg könnten die 5.000 Stimmen der (unabhängigen oder linksextremen) Parteien, die den Einzug in die Stichwahl nicht geschafft haben, den Ausschlag geben. Catherine Trautmann hat im ersten Wahlgang lediglich 1.500 Stimmen mehr als Vetter erhalten, der seinerseits etwa 2.500 Stimmen mehr als die amtierende Bürgermeisterin bekam. Zwar könnte die Sozialistin nach ihrem Bündnis mit dem Macronisten Jakubowicz weitere Stimmen hinzugewinnen, und die Bürgermeisterin dürfte von den Stimmen der Linksradiكالen profitieren; doch ist die Stimmenübertragung nicht selbstverständlich. Je nachdem, wie sich die Wahlverhältnisse entwickeln, könnte jede der drei Listen den Wahlsieg erzielen.

Le Havre

In Le Havre gehen drei Listen ins Rennen, was dem amtierenden Bürgermeister und ehemaligen Premierminister Édouard Philippe, der im ersten Wahlgang mit einem komfortablen Vorsprung vor den Kandidaten des PCF und des RN auf Platz 1 gelandet war, voraussichtlich einen klaren Wahlsieg ermöglichen wird.

Roubaix

In Roubaix treten vier Listen an. Ein mögliches Bündnis zwischen dem amtierenden Bürgermeister des Mitte-rechts-Lagers und dem Kandidaten der gemäßigten Linken kam nicht zustande, wodurch der LFI-Kandidat David Guiraud gute Chancen auf einen Wahlsieg hat. Die Liste des RN steht ebenfalls weiter zur Wahl, jedoch ohne jegliche Erfolgsaussicht.

Bordeaux

In Bordeaux haben im ersten Wahlgang drei Listen jeweils mehr als 20 % der Stimmen erhalten: Die von Pierre Hurmic (Amtsinhaber der Grünen), Thomas Cazenave (Renaissance) und Philippe Dessertine (unabhängig). Zunächst schien der Wirtschaftswissenschaftler Dessertine die Kandidatur seiner Liste aufrechterhalten zu wollen und lehnte Angebote des Renaissance-Kandidaten, ein Bündnis zu schließen, ab. In einer Dreierkonstellation hätte der amtierende Bürgermeister Hurmic gute Chancen gehabt, sein Amt zu verteidigen (den Vorschlag des LFI-Spitzenkandidaten, der mit gut 9 % knapp den Einzug in die zweite Runde verpasst hat, die Listen zu fusionieren, hat er abgelehnt).

Da aber am Tag der Listenabgabe wichtige Vertreter des Mitte-Rechts-Lagers – Gérard Larcher, Bruno Retailleau (beide LR), Édouard Philippe (Horizons), Gabriel Attal (Renaissance), Marc Fesneau (MoDem), Hervé Marseille (UDI), Nathalie Delattre (Parti radical) – zur Wahl von Cazenave aufriefen, reichte Dessertine schließlich doch keine Liste für die zweite Runde ein. Im Anschluss hat er zwar keine Wahlempfehlung ausgesprochen, es gilt aber als wahrscheinlich, dass seine Wähler Cazenave bevorzugen werden, da beide Kandidaten im Wahlkampf ähnliche Ideen vertreten haben. Ein Wahlsieg des Renaissance-Kandidaten gilt deshalb als sehr wahrscheinlich.

Schon anhand dieser Beispiele wird deutlich, dass v.a. in Großstädten zwar Zweckbündnisse geschlossen wurden, um den Sieg des eigenen politischen Lagers – trotz erheblicher Differenzen zwischen den einzelnen Parteien – zu ermöglichen. Dieses Vorgehen hat allerdings in vielen Fällen zu massiver interner Kritik bis hin zu offenem Widerstand geführt. Außerdem schalteten sich teilweise die Pariser Parteispitzen ein und wandten sich gegen die dezentral geschlossenen Bündnisse, meistens jedoch ohne Erfolg – was wiederum die verschwundenen Bindekräfte der nationalen Parteien belegt.

Nun obliegt es den Wählerinnen und Wählern, über die wahltaktischen Entscheidungen der verbliebenen Kandidaten zu urteilen. Auch die Wahlbeteiligung dürfte beim Ausgang des zweiten Wahlgangs eine wichtige Rolle spielen.

Analyse des ersten Wahlgangs der Kommunalwahlen 2026

Kurzanalyse der Ergebnisse nach der ersten Runde der Kommunalwahlen (Stand 17.03.2026)

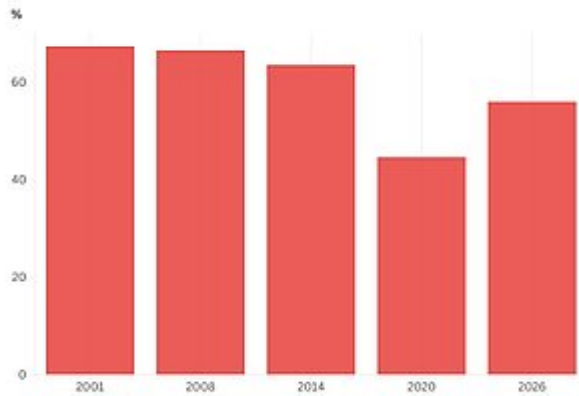
Die Ergebnisse der ersten Runde der Kommunalwahlen in Frankreich haben für einige Überraschungen gesorgt. Eine erste, negative Tendenz ist die niedrige Wahlbeteiligung. Nach einem historischen Tief von nur 44,7 % vor sechs Jahren mitten in der Pandemie ist sie zwar wieder gestiegen (auf 57,1 %), aber blieb deutlich hinter dem Wert für 2014 zurück (63 %) und erreichte damit, die letzte Wahl unter besonderen Umständen ausgenommen, den niedrigsten Stand seit der Gründung der V. Republik. Das ist kein ermutigendes Zeichen für die Demokratie in Frankreich. Die lokalen Differenzen in der Beteiligung sind teils deutlich: In Lyon gaben 65,1 % der Wahlberechtigten ihre Stimme ab, in Roubaix lediglich 37,6 %. Gleichzeitig steigt die Bereitschaft, zu wählen, mit dem Alter an. Nur ca. 45 % der 18 - 34jährigen fanden sich dazu bereit, in der Gruppe der über 65jährigen gingen über 70 % wählen.

Zweitens ist zu beobachten, dass die Zersplitterung der Parteienlandschaft sich auch auf lokaler Ebene manifestiert. Wie schon 2020 haben sich häufig drei oder vier, teilweise sogar fünf oder sechs Listen für die zweite Runde qualifiziert. Hinzu kommen die Listen, die 5 % der Stimmen erreicht haben und zwar nicht mehr selbst antreten, aber Bündnisse eingehen können.

Trotz dieser verstärkten Polarisierung, die sich vor allem in den größeren Städten zeigt, bleibt allerdings festzuhalten, dass in über 95 % der Gemeinden die Entscheidung bereits im ersten Wahlgang gefallen ist.

Taux de participation au premier tour des élections municipales depuis 2001

toute
reurope



Source : ministère de l'Intérieur et Ipsos BVA-CESA Ecole d'ingénieurs pour France Télévisions, avec Radio France, LCP-Public Sénat
La participation 2026 est une estimation Ipsos-BVA à 17h05.

Drittens wurde deutlich, dass der rechtsextreme Rassemblement national auch auf lokaler Ebene vielerorts seine Rolle als politische Kraft konsolidiert. Das gilt in erster Linie für die klassischen Bastionen im Norden und am Mittelmeer, wo die Amtsinhaber des RN teilweise schon im ersten Wahlgang mit über 50 % gewählt wurden (Louis Aliot in Perpignan, Steeve Briois in Hénin-Beaumont, David Rachline in Fréjus, Nelson Chaudon in Beaucaire). In Marseille liegt die Liste des RN-Kandidaten Franck Allisio mit 35 % nur knapp hinter der der gemäßigten Linken. Auch in Mittelstädten wie Carcassonne, Agde oder Menton kann der RN die erste Runde für sich entscheiden. In Großstädten wie Paris, Lyon, Bordeaux oder Strasbourg konnten sich die RN-Listen allerdings nicht für den zweiten Wahlgang qualifizieren. Und auch in Toulon hat die Parlamentsabgeordnete Laure Lavalette zwar 42 % erreicht, dürfte sich im zweiten Wahlgang allerdings einem breiten Bündnis der gemäßigten Parteien gegenübersehen, was ihre Wahlchancen erheblich mindert. Parteichef Jordan Bardella hat indes die gemäßigte Rechte zu Allianzen aufgerufen und forciert damit eine „Union des droites“, wie sie von Ex-LR-Chef Eric Ciotti verkörpert wird, der in Nizza den Zweikampf mit Christian Estrosi klar für sich entschieden hat und als Favorit in die zweite Runde geht. Die konservativen Républicains haben einen Achtungserfolg erzielt und ihre lokale Verankerung - vor allem in Klein- und Mittelstädten - bestätigt. Dabei haben sie oft schon in der ersten Runde die Wahl für sich entschieden. Unter anderem wurden ihre amtierenden Bürgermeister in Cannes, Valence oder Antibes bestätigt. In Städten wie Belfort, Troyes, Boulogne-Billancourt sind die LR-Kandidaten in einer guten Ausgangsposition, in Nantes, Grenoble, Strasbourg, Besançon oder Clermont-Ferrand haben sie respektable Ergebnisse erzielt. Enttäuschend verlief der erste Wahlgang jedoch in Paris (25 % für Dati) und Marseille (knapp 13% für Martine Vassal). Der Chef der Républicains, Bruno Retailleau, sieht eine rechte Mehrheit im Land und versucht vor allem, eine Brandmauer nach links, also gegenüber LFI aufzubauen, ohne sich zum Umgang seiner Partei mit dem RN zu äußern.



Viertens: Die französische Linke schneidet insgesamt ebenfalls gut ab, doch der mit harten Bandagen geführte Konkurrenzkampf v.a. zwischen der Parti socialiste und La France insoumise (LFI) ließ für den zweiten Wahlgang zunächst viele Fragen offen. Festzustellen ist in jedem Fall, dass die öffentliche Kritik an den teils stark polarisierenden Äußerungen von Jean-Luc Mélenchon im Wahlkampf nicht - wie von den Sozialisten erhofft - zu einer Schwächung von LFI geführt hat. Ganz im Gegenteil: Die Partei, die auf lokaler Ebene bislang mit wenigen Ausnahmen eine geringe Rolle gespielt hat, ist in 96 Kommunen für die zweite Runde qualifiziert, darunter in acht der zehn größten Städte. Teilweise landeten ihre Spitzenkandidaten überraschend noch vor der Liste der gemäßigten Linken (Toulouse) oder in unmittelbarer Reichweite (Lille). Zudem ist ihnen der Sieg in Roubaix kaum noch zu nehmen. Besonders stark schnitt LFI erneut in den französischen Vorstädten urbaner Großräume ab (in Saint-Denis wurde ihr Kandidat direkt im ersten Wahlgang gewählt).

Gerade in den hart umkämpften Großstädten wurde die Partei so zum Zünglein an der Waage, d.h. ohne ihre Unterstützung kann die Linke vielerorts nicht gewinnen. Diese Situation wollte v.a. die PS unbedingt vermeiden, musste sich nun aber positionieren. Die Parteiführung der Sozialisten, namentlich ihr Vorsitzender Olivier Faure, hat sich ihrerseits zu einem Statement durchgerungen, das den lokalen PS-Spitzenkandidaten die Entscheidung überlässt, ob sie Bündnisse mit LFI eingehen. Dazu ist es bereits am Montag nach der Wahl in einer ganzen Reihe von Städten gekommen. Die Pariser Sozialisten unter der Führung von Emmanuel Grégoire wollten hingegen keine Allianz mit den Insoumis eingehen, genauso wie Benoît Payan in Marseille.

Die Grünen müssen nach ihrem Erfolg 2020 in mehreren Großstädten Verluste verzeichnen, landen aber in Lyon, Bordeaux, Tours und Poitiers zunächst erneut auf dem ersten Platz und haben Chancen, das Rathaus zu verteidigen. Das gilt insbesondere für Grégory Doucet in Lyon, nachdem er eine Allianz mit LFI eingegangen ist. Auch in Strasbourg hat die grüne Bürgermeisterin Jeanne Barseghian ein intern umstrittenes Bündnis mit LFI geschlossen, um die erstplatzierte PS-Kandidatin Catherine Trautmann (und den dahinterliegenden LR-Kandidaten) noch zu überflügeln. In Grenoble, wo es um das Erbe von Eric Piolle geht, der die Stadt seit 2014 regiert hatte, wurde die linke Spitzenkandidatin Laurence Ruffin, die von den Grünen unterstützt wird, ihrer Favoritenrolle vorerst nicht gerecht. Auch Ruffin ist daraufhin ein Bündnis mit LFI eingegangen, um sich im zweiten Wahlgang gegen den konservativen Alain Carignon (LR) durchzusetzen, der von 1983 bis 1994 schon einmal Bürgermeister der Stadt war. In Bordeaux hat Bürgermeister Pierre Hurmic das LFI-Angebot einer Listenfusion abgelehnt.



Fünftens: Die Ergebnisse des ersten Wahlgangs deuten aber darauf hin, dass die Partei des Präsidenten in Zukunft keine große Rolle in der lokalen Politik mehr spielen wird. Bei den Kommunalwahlen 2020 zielte die Partei von Emmanuel Macron darauf ab, ihre dauerhafte Verankerung durch Erfolge auf lokaler Ebene zu sichern. Diese Hoffnung hat sich damals nicht erfüllt und die stark geschwächte Partei hat ihre Strategie bei der Wahl 2026 verändert. In Städten wie Lyon oder Nizza hat die Partei des Präsidenten v.a. versucht, Bündnisse mit anderen etablierten Parteien oder Politikern auf lokaler Ebene zu schließen, oft ohne großen Erfolg. In Paris hat sich der Macronist Pierre-Yves Bournazel dem Druck gebeugt, seine Liste mit der von Rachida Dati zu fusionieren. Darauf hatte u.a. Édouard Philippe gedrungen, um die Chance auf einen Wahlsieg des konservativen Lagers zu wahren. Letztlich haben nur die Spitzenkandidaten gut abgeschnitten, die ihre politische Karriere bereits vor 2017 und dem Aufstieg des Macronismus begonnen haben. Dies gilt zum Beispiel für Édouard Philippe, der in Le Havre mit ca. 43% der Stimmen in den zweiten Wahlgang geht. Thomas Cazenave hat in Bordeaux mit dem zweiten Platz einen Achtungserfolg erzielt, der ihn nach dem Verzicht des drittplatzierten Kandidaten Philippe Dessertine bis ins Rathaus tragen könnte.



Die Ergebnisse in den bereits vorgestellten Städten

Paris

In Paris haben sich fünf Listen für die Stichwahl qualifiziert: Die favorisierte Liste der gemäßigten Linken mit dem Spitzenkandidaten Emmanuel Grégoire liegt mit 38 % der Stimmen an erster Stelle, die der gemäßigten Rechten unter Führung von Rachida Dati folgt mit 25,46 % deutlich dahinter. Die Wahlvorschläge von Sophia Chikirou (LFI, 11,72 %), Pierre-Yves Bournazel (Horizons, 11,34 %) und Sarah Knafo (Reconquête !, 10,4 %) können ebenfalls am 22. März erneut antreten. (Wahlbeteiligung: 59,5 %).

Lyon

Der Ausgang des ersten Wahlgangs in Lyon stellt eine Überraschung dar: Lange Zeit galt ein klarer Sieg der Liste von Jean-Michel Aulas, die fast alle Parteien der Mitte und der bürgerlichen Rechten unterstützen, als wahrscheinlich. Im ersten Wahlgang erhielt sie aber nur 36,8 % der Stimmen und liegt damit knapp hinter der des amtierenden Bürgermeister Grégory Doucet, die auf 37,4 % kam. Als dritte Kraft schaffte die Liste des LFI mit 10,4 % den Einzug in die Stichwahl. (Wahlbeteiligung: 65,1 %)

Marseille

In Marseille kommt es zu dem erwarteten Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen dem amtierenden Bürgermeister Benoît Payan und dem Kandidaten des Rassemblement National, Franck Allisio. Die Liste von Allisio bekam im ersten Wahlgang 35 % der Stimmen, die von Payan 36,7 %. Martine Vassal, Kandidatin der politischen Mitte und der bürgerlichen Rechten, qualifizierte sich mit einem für sie enttäuschenden Ergebnis von 12,41 % für die Stichwahl, die des LFI mit 11,94 % ebenfalls. (Wahlbeteiligung: 51,7 %)

Nizza

Mit 43,43 % der Stimmen im ersten Wahlgang konnte die Liste von Eric Ciotti die des amtierenden Bürgermeisters Christian Estrosi, die 30,92 % erhielt, deutlich distanzieren. Für die gemäßigte Linke qualifiziert sich die Liste der Grünenpolitikerin Juliette Chesnel-Le Roux mit 11,93 % für die Stichwahl, der Wahlvorschlag des LFI scheitert mit 8,9 % an der Zehn-Prozent-Hürde. (Wahlbeteiligung: 53,6 %)

Strasbourg

In Strasbourg erzielte die Liste der amtierende Bürgermeisterin Jeanne Barseghian ein schwaches Ergebnis: Mit 19,72 % liegt sie deutlich hinter der der Sozialistin Catherine Trautmann (25,93 %) sowie der der bürgerlichen Rechten mit dem Spitzenkandidaten Jean-Philippe Vetter (24,23 %). Die von Florian Kobryn (LFI) konnte sich mit 12,03 % der Stimmen ebenfalls für den zweiten Wahlgang qualifizieren. (Wahlbeteiligung: 58,1 %)

Le Havre

Umfragen in den Wochen vor der Wahl hatten auf eine mögliche Niederlage von Édouard Philippe hingedeutet. Im ersten Wahlgang konnte sich der ehemalige Premierminister jedoch klar an die Spitze setzen und erreichte 43,76 % der Stimmen. Seine wichtigsten Herausforderer, Jean-Paul Lecoq (PCF) und Franck Keller (UDR), liegen mit 33,25 % und 15,30 % deutlich zurück. (Wahlbeteiligung: 52,4 %)

Perpignan

In Perpignan war für den amtierenden Bürgermeister Louis Aliot im Vorfeld ein Ergebnis von rund 44 % prognostiziert worden. Tatsächlich erzielte seine Liste mit 50,61 % der Stimmen bereits im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit und dürfte damit 43 Sitze im Stadtrat erhalten. Die verbleibenden Sitze werden unter den Listen verteilt, die mehr als 5 % der Stimmen erreichten: Agnès Langevine (gemäßigte Linke, 15,94 %), Bruno Rougayrède (gemäßigte Rechte, 13,45 %), Mickael Idrac (LFI und Grüne, 9,60 %) sowie Mathias Blanc (gemäßigte Linke, 8,94 %). (Wahlbeteiligung: 47,7 %)

Roubaix

In Roubaix bestätigte sich die Favoritenrolle von David Guiraud, dessen vom LFI unterstützte Liste im ersten Wahlgang 46,64 % der Stimmen erhielt. Guiraud hat damit sehr gute Chancen, am 22. März zum Bürgermeister gewählt zu werden. Seine Liste liegt deutlich vor der des rechtsbürgerlichen Kandidaten Alexandre Garcin (20,09 %), des Sozialisten Karim Amrouni (16,76 %) sowie der der RN-Kandidatin Céline Sayah (11,87 %). (Wahlbeteiligung: 37,6 %)

Bordeaux

In Bordeaux gelang nur drei Listen der Einzug in die Stichwahl: Die des amtierenden Bürgermeister Pierre Hurmic liegt mit 27,68 % der Stimmen an erster Stelle, dahinter folgen die des Renaissance-Kandidaten Thomas Cazenave mit 25,58 % und die des unabhängigen Kandidaten Philippe Dessertine mit 20,20 %. Die Wahlvorschläge des LFI und des RN blieben mit Stimmanteilen von 9,4 % bzw. 7 % unter der Zehn-Prozent-Hürde. (Wahlbeteiligung: 58,1 %)

Das Wahlsystem

Am 15. und 22. März 2026 finden in Frankreich die Kommunalwahlen statt, bei denen in 34.476 Städten und Gemeinden über 500.000 Volksvertreter für die Wahlperiode 2026 – 2032 gewählt werden.

Die im europäischen Vergleich hohe Zahl der Kommunen erklärt sich in erster Linie damit, dass (oftmals erzwungene) Eingemeindungen (wie etwa in den 1970er in Westdeutschland und zu Beginn der 1990er Jahre in Ostdeutschland) in Frankreich weitgehend ausgeblieben sind. Das hat im Wesentlichen zwei Gründe: Erstens verkörpert die französische Gemeinde als „kleine Republik in der großen“ (*petite république dans la grande*) die jakobinische Tradition einer direkten Beziehung des Staates zu seinen Bürgern, die vor allem in der Person des Bürgermeisters zum Ausdruck kommt. Deshalb hat es auch, zweitens, kein Präsident gewagt, die Zusammenlegung von Kommunen gesetzlich zu erzwingen. Die große Mehrzahl der Gemeinden (24.854) hat weniger als 1.000 Einwohner, in 8.812 Gemeinden sind es weniger als 200 (siehe Tabelle). Da viele dieser kleinen oder sehr kleinen Kommunen ihre Aufgaben natürlich nicht eigenständig erledigen

können, sind sie heute allerdings überall in Kommunalverbänden (*intercommunalités*) zusammengeschlossen. Das System, das bei diesen Wahlen angewandt wird, unterscheidet sich stark von den verschiedenen Kommunalwahlordnungen, die in Deutschland gelten.

| Stadtgröße | Anzahl von Kommunen | Anteil der Kommunen | Anzahl der Bevölkerung | Anteil der Bevölkerung |
|-------------------|---------------------|---------------------|------------------------|------------------------|
| < 999 Einwohner | 24.854 | 71,60% | 8.737.616 | 13,30% |
| 1.000 - 9.999 | 8.913 | 25,70% | 24.327.830 | 37,00% |
| 10.000 - 99.999 | 939 | 2,60% | 22.746.648 | 34,50% |
| 100.000 - 199.999 | 29 | 0,10% | 4.001.349 | 6,10% |
| > 200.000 | 11 | 0,00% | 6.032.812 | 9,20% |
| SUMME | 34.746 | 100% | 65.846.255 | 100% |

Verteilung der Bevölkerung in den französischen Gemeinden. - Quelle: <https://www.collectivites-locales.gouv.fr/les-collectivites-locales-en-chiffres-2025>, eigene Darstellung

Eine Listenwahl mit zwei Wahlgängen

Die Kommunalwahl in Frankreich ist eine Listenwahl mit zwei Wahlgängen, bei der nur Personen, die auf einer der kandidierenden Listen stehen, in die Stadt- und Gemeinderäte einziehen können. Alle Listen sind dazu verpflichtet, gleichviele Männer und Frauen in alternierender Reihenfolge als Kandidaten aufzustellen. Dank dieser Maßnahme konnte der Frauenanteil in den Stadt- und Gemeinderäten von 21,7 % im Jahr 1995 auf 41,5 % im Jahr 2020 gesteigert werden. Allerdings stehen nur in 17,5% der Gemeinden Frankreichs Frauen an der Spitze des Gemeinde- oder Stadtrats und sitzen im Rathaus.

In kleinen Gemeinden stehen häufig nur zwei oder auch nur eine Liste zur Wahl, in diesem Fall ist nur ein Wahlgang nötig. Dort, wo mehr als zwei Listen kandidieren und keine von ihnen im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreicht, ist ein zweiter Wahlgang erforderlich. An diesem können die Listen teilnehmen, die im ersten einen Stimmanteil von mindestens 10 % der abgegebenen Stimmen erzielt haben. Listen, die weniger als 10 % aber über 5 % erreicht haben, können sich einer Liste, die zur Teilnahme am zweiten Wahlgang berechtigt ist, anschließen und mit dieser aushandeln, wie viele ihrer Kandidaten auf welchen Plätzen in diese neu zusammengestellten Listen integriert werden. Häufig gehen solche Bündnisse auch Listen ein, die beide am zweiten Wahlgang teilnehmen dürften, um so ihre Chancen auf einen Wahlsieg zu erhöhen.

Sitzverteilung im Gemeinderat

Die Sitzverteilung im Gemeinderat erfolgt nach einem doppelten Prinzip. Die Liste, die die relative Mehrheit der Stimmen erreicht hat, bekommt einen sogenannten Mehrheitsbonus (*prime majoritaire*), und wird deswegen stark bevorteilt. In allen Gemeinden Frankreichs erhält die Liste, die die meisten Stimmen erhält, 50 % der Sitze als Bonus; nur in den drei größten Städten des Landes Paris, Lyon und Marseille sind es nur 25 %. Die Zahl der kommunalen Vertreter richtet sich nach der Einwohnerzahl einer Gemeinde (siehe Abbildung 1).

Alle verbleibenden Sitze werden proportional zu den Wahlergebnissen auf die Listen verteilt. Diese Regelung kann insbesondere bei knappen Wahlausgängen zu einer starken Verzerrung des eigentlichen Ergebnisses führen. In Annecy erhielten bei der Kommunalwahl 2020 die drei zur Wahl stehenden Listen z.B. im zweiten Wahlgang 44,74 %, 44,64 % und 10,61 % der Stimmen, die Liste des neu gewählten Bürgermeisters Francois Astorg bekam nur 27 Stimmen mehr als die zweitplatzierte. Bei einer rein proportionalen Verteilung der Sitze hätte dieses Ergebnis jeweils 31 Sitze für die erst- und zweitplatzierte und sieben für die drittplatzierte Liste entsprochen. Über den Bonus erhielt die erstplatzierte Liste aber 35 Sitze und 16 über die proportionale Verteilung, insgesamt also 51, die zweitplatzierte 15 über die proportionale Verteilung und die drittplatzierte nur drei Sitze.

Nombre de membres du conseil municipal des communes

| Population de la commune | Nombre de membres du conseil municipal |
|--------------------------------|--|
| Moins de 100 habitants | 7 |
| De 100 à 499 habitants | 11 |
| De 500 à 1499 habitants | 15 |
| De 1500 à 2499 habitants | 19 |
| De 2500 à 3499 habitants | 23 |
| De 3500 à 4999 habitants | 27 |
| De 5000 à 9999 habitants | 29 |
| De 10 000 à 19 999 habitants | 33 |
| De 20 000 à 29 999 habitants | 35 |
| De 30 000 à 39 999 habitants | 39 |
| De 40 000 à 49 999 habitants | 43 |
| De 50 000 à 59 999 habitants | 45 |
| De 60 000 à 79 999 habitants | 49 |
| De 80 000 à 99 999 habitants | 53 |
| De 100 000 à 149 999 habitants | 55 |
| De 150 000 à 199 999 habitants | 59 |
| De 200 000 à 249 999 habitants | 61 |
| De 250 000 à 299 999 habitants | 65 |
| Et de 300 000 et au-dessus | 69 |

Anzahl von Gemeinderäten je nach Stadtgröße in Frankreich. - Quelle:
<https://www.vie-publique.fr/fiches/20203-municipales-quel-mode-de-scrutin-dans-les-communes-de-moins-de-1000-hab>

Wahl des Bürgermeisters und seiner Stellvertreter

Die neuen Gemeinderäte wählen bei ihrer konstituierenden Sitzung den Bürgermeister, meist den Kandidaten auf Listenplatz 1 der siegreichen Liste. Um Bürgermeister zu werden, muss man bei dieser geheimen Wahl im ersten und zweiten Wahlgang die absolute Mehrheit erreichen, im dritten genügt eine relative Mehrheit. Im Anschluss daran handelt der Rat die Zahl der stellvertretenden Bürgermeister aus, die aus ihrem Kreis bestimmt werden und deren Anteil am Gemeinderat 30 % nicht überschreiten darf.

Neues Wahlsystem in Gemeinden mit weniger als 1.000 Einwohnern

In Frankreich gibt es wesentlich mehr Gemeinden als in Deutschland. Die durchschnittliche Einwohnerzahl einer Gemeinde ist folglich mit 1.895 deutlich niedriger als in Deutschland (7.628)^[1]. 24.854 (71,60 %) französische Gemeinden haben weniger als 1.000 Einwohner. Laut Angaben des französischen Innenministeriums sind nur 37,6 % der Räte in diesen kleinsten Gemeinden Frauen. Um ihren Anteil zu erhöhen, hat der Gesetzgeber im Mai 2025 beschlossen, dass für die dort kandidierenden Listen ab 2026 auch eine paritätische Verteilung der Plätze auf Frauen und Männer verbindlich ist.

Gleichzeitig wird es in diesen Gemeinden immer schwieriger, genügend Kandidaten zu finden, um den Gemeinderat zu besetzen, außerdem legen dort immer häufiger Gewählte ihr Mandat während einer Legislaturperiode nieder. Deshalb wurde als zusätzliche Sonderregelung eingeführt, dass in kleinen Gemeinden auch Listen zur Wahl zugelassen werden, auf denen bis zu zwei Kandidaten weniger stehen, als der Gemeinderat Mitglieder haben sollte. Demzufolge gilt ein Gemeinderat nun als vollständig, sobald eine entsprechende Mindestzahl der Gemeinderäte erreicht wird: In Gemeinden mit unter 100 Einwohnern sind so Räte mit 5 Mitgliedern zulässig (gesetzliche Mindestzahl ist 7), 9 in Gemeinden mit zwischen 100 und 499 (gesetzliche Mindestzahl ist 11), 13 in Gemeinden mit zwischen 500 und 1.499 (gesetzliche Mindestzahl ist 15).

Maßnahmen, um ein kommunales Mandat attraktiver zu machen

Als weitere Maßnahme hat das französische Parlament am 22. Dezember 2025 ein Gesetz verabschiedet, das die Rahmenbedingungen für lokal gewählte Mandatsträger verbessern und so das lokale Engagement fördern soll. Dies insbesondere durch

- Die Einführung des Statuts des „Kommunalpolitikers“ (*élu local*) und des Statuts des „jungen

Kommunalpolitikern“ (*élu local étudiant*)

- Erhöhung des Höchstbetrags der Amtsbezüge von Bürgermeistern und stellvertretenden Bürgermeistern in Gemeinden mit weniger als 20.000 Einwohnern
- Vereinfachung der Schritte, um bestimmte Fahrtkosten erstatten zu lassen
- Ein besserer Schutz für Kommunalpolitiker
- Erleichterungen für Kommunalpolitiker, um ihr Mandat mit einer beruflichen Tätigkeit zu vereinbaren
- Eine bessere Unterstützung nach dem Ausscheiden aus einem Mandat, z.B. durch die Anerkennung dabei erworbener Kompetenzen, Bezüge nach seinem Ende oder eine Erhöhung der Rentenansprüche.

Wahlen in Paris, Lyon und Marseille

Für die Wahlen in Paris, Lyon und Marseille wurden im August 2025 von der Nationalversammlung neue Bestimmungen verabschiedet, womit die im Jahr 1982 eingeführten Sonderregelungen für diese drei Städte abgeschafft wurden. Zwischen 1982 und 2020 wurden hier die Stadträte nicht direkt, sondern von den Räten in den Bezirken oder Sektoren bestimmt, die ihrerseits von den wahlberechtigten Bewohnern in diesen Vierteln gewählt worden waren. Der Bürgermeister wurde wie in den anderen Gemeinden vom Gemeinderat gewählt. Dieses Wahlverfahren wurde regelmäßig kritisiert, v.a. weil über die Wahlboni, die die Listen in den einzelnen Bezirken erhalten hatten, im Gemeinderat die Wahl von Kandidaten zu Bürgermeistern möglich wurde, die bei einer direkten Wahl des Rates keine Chance auf eine Mehrheit gehabt hätten.

In Paris, Lyon und Marseille können die Wählerinnen und Wähler ab der Kommunalwahl 2026 in zwei separaten Wahlen die Mitglieder zweier Gremien wählen:

- In der einen Wahl die Räte ihres Bezirks (*conseillers d'arrondissement*). In Lyoner Bezirksräten sitzen bis zu 44 Räte, in Marseille bis zu 53 und in Paris bis zu 55.
- In der anderen Wahl die Stadträte (*conseillers municipaux*), die den Bürgermeister wählen. Dem Stadtrat von Lyon gehören 73 Volksvertreter an, dem von Marseille 111 und dem von Paris 163.
- In Lyon können die Wählerinnen und Wähler außerdem in einer dritten Abstimmung die 150 Mitglieder des Rates der „Metropole Lyon“ bestimmen.

Wie in den anderen Wahlen auf kommunaler Ebene bekommt die Liste, die die meisten Stimmen erhalten hat, eine bestimmte Sitzanzahl als Bonus. Für die Bezirksräte liegt er bei 50 % der Sitze und für Stadträte bei 25 %. Auf diese Weise soll eine stärkere Vertretung der Opposition in den Räten von Paris, Lyon und Marseille ermöglicht werden, dies könnte aber auch eine stärkere Fragmentierung der Stadträte zur Folge haben.

Wahlen der Kammern der Gemeindeverbände

Neben den Mitgliedern der Stadt- oder Gemeinderäte werden bei den Wahlen auch die Vertreter der Gemeinden in den oben bereits kurz erwähnten Gemeindeverbänden bestimmt, von denen es in Frankreich insgesamt 1.254 gibt und die in ländlichen Gegenden mancherorts über 100 Gemeinden umfassen und über die Grenzen eines Departements hinweg gebildet werden können. In Frankreich hatten sich bereits seit Ende des 19. Jahrhunderts zunächst freiwillige kommunale Zweckverbände zur Erfüllung bestimmter sektoraler Aufgaben (Wasserversorgung, Abwasserentsorgung, usw.) entwickelt. Seit den 1960er Jahren hat die Politik (anstelle von zwangsweise verordneten Eingemeindungen wie etwa in Deutschland) den Zusammenschluss von Gemeinden zu Kommunalverbänden (*Établissements publics de coopération intercommunale*, EPCI) dann immer stärker forciert und so zu deren Weiterentwicklung und Verfestigung beigetragen. Seit dem 1. Juli 2013 sind alle Gemeinden verpflichtet, einem Gemeindeverband anzugehören. Davon ausgenommen sind lediglich die Île d'Yeu, die Île de Bréhat, die Île de Sein und die Île d'Ouessant. Der Verband „Métropole de Lyon“ verfügt über einen besonderen Status, da er sowohl die Aufgaben eines Gemeindeverbands als auch diejenigen eines Départements wahrnimmt. Der größte Gemeindeverband des Landes, die „Communauté d'agglomération Pays Basque“, befindet sich im Baskenland. Er umfasst 158 Kommunen mit insgesamt mehr als 320.000 Einwohner und entstand am 1. Januar 2017 aus dem Zusammenschluss der zehn zuvor bestehenden Gemeindeverbände des Baskenlandes.

Die Gemeindeverbände verfolgen drei Hauptziele:

- eine effiziente Organisation der territorialen Aufgaben
- die Verwaltung und Gestaltung des öffentlichen Raums
- die Förderung der lokalen wirtschaftlichen Entwicklung und eine konzertierte Raumordnungspolitik

So werden einerseits sektorale Aufgaben, die den Kommunen zugeordnet sind, von Gemeindeverbänden übernommen (z. B. die Müllabfuhr oder die Errichtung lokaler Einrichtungen). Auf diese Weise können die Mitgliedsgemeinden die Gesamtkosten senken, untereinander aufteilen und Skaleneffekte nutzen.

Darüber hinaus kommt den französischen *Intercommunalités* mit Blick auf ihre raumplanerischen Aufgaben eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Wichtige lokalpolitische Entscheidungen werden immer öfter im Rat des Kommunalverbands (*Conseil communautaire*) getroffen. Um dessen demokratische Legitimation zu erhöhen, wollte François Hollande daher im Rahmen seiner Territorialreform 2014 die Direktwahl der lokalen Volksvertreter

von den einzelnen Gemeinden auf die *intercommunalité* verlagern. Dies wäre allerdings einer Entmachtung der Kommunen durch die Hintertür gleichgekommen und stieß vor allem im Senat als verfassungsmäßigem Vertretungsorgan der Gebietskörperschaften auf erheblichen Widerstand.

Stattdessen werden seitdem die Vertreter der Gemeindeverbände bei den Kommunalwahlen in Gemeinden ab 1.000 Einwohnern über das sog. System der *fléchage* gewählt, d.h. die Wahlberechtigten wählen ihre Gemeinde- und Stadträte, von denen ein Teil dann direkt in den Rat des Kommunalverbands entsandt wird. Technisch wird dies über einen zweispaltigen Stimmzettel gelöst, auf dem links die Kandidatinnen und Kandidaten für den Gemeinde- oder Stadtrat stehen und rechts diejenigen, die im Falle ihrer Wahl gleichzeitig auch dem Rat des Kommunalverbands angehören.

Politisch gesehen ergeben sich vor allem in großen Ballungsräumen mitunter schwierige Konstellationen, da die Interessen der Kernstadt und die der umliegenden, kleineren Kommunen in vielerlei Hinsicht divergieren. Teilweise „verbünden“ sich die Vorortgemeinden, um ein Gegengewicht und eine Form von „Augenhöhe“ herzustellen. In diesen Fällen einen Ausgleich zu finden kann sich als besonders schwierig erweisen, wenn die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister der Kernstadt politisch einem anderen Lager angehört als die Präsidentin oder der Präsident des Kommunalverbands (meist eine Bürgermeisterin oder ein Bürgermeister einer kleinen Kommune). In den kommenden Wochen werden wir den Blick exemplarisch auf mehrere Städte richten, in denen der Ausgang der Wahlen aus unterschiedlichen Gründen mit besonderer Spannung erwartet wird.

Einen guten Einblick in die Gesamtsituation bietet der Länderbericht
[Kommunalwahlen in Frankreich 2026](#)
des Auslandsbüros Frankreich der Konrad-Adenauer-Stiftung



ANSPRECHPARTNER/IN

Baptiste Bouchet

Wissenschaftlicher Mitarbeiter

[+49 7141-9303-39](tel:+497141930339)

bouchet@dfi.de

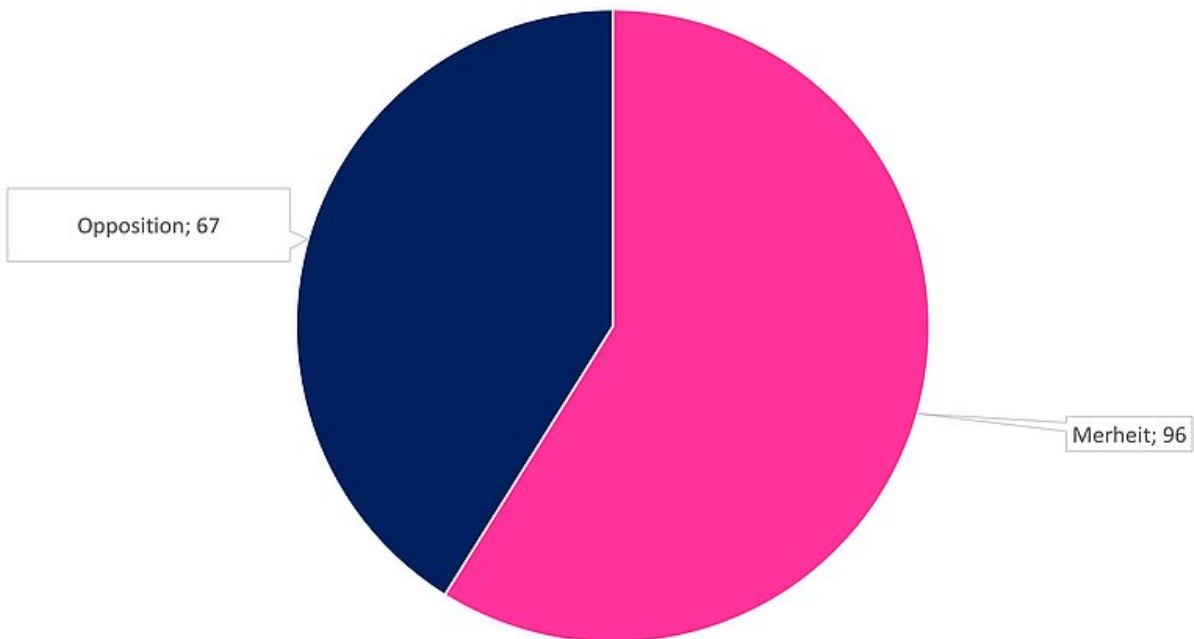
Die Situation in Paris, Lyon und Marseille vor dem ersten Wahlgang

Die Kommunalwahlen in Paris (Stand 26.02.2026)

Die Ausgangslage

In Paris stellt die Parti socialiste (PS) seit 2001 den Bürgermeister (von 2001 bis 2014 mit Bertrand Delanoë und seit 2014 mit Anne Hidalgo). Bei der Kommunalwahl 2020 hatten die Sozialisten ein Bündnis mit den Ecologistes geschlossen und gemeinsam 96 der 163 Sitze im Stadtrat, dem Conseil de Paris, gewonnen. Die Listen der Opposition kamen auf 67 Sitze (siehe Bild unten). Die Bezirke (*Arrondissements*) im Westen von Paris wählten seinerzeit überwiegend konservative Listen, die im Osten mehrheitlich linke, in zwei der 20 erhielten die der Zentrumsparteien eine Mehrheit.

2024 kündigte die amtierende Bürgermeisterin an, 2026 nicht mehr kandidieren zu wollen. Ihre Amtsführung und die Ergebnisse ihrer beiden Mandate sind insgesamt sehr umstritten. Anne Hidalgo hat seit 2014 verschiedene Maßnahmen ergriffen, um den Autoverkehr in der Innenstadt zu reduzieren, was zu einer Verbesserung der Luftqualität in Paris geführt hat. U.a. wurden die Höchstgeschwindigkeit in Paris sowie auf dem Boulevard périphérique, der Autobahn um Paris herum, auf 50 km/h gesenkt und 500 km Radwege eingerichtet. Außerdem wurde während ihrer Amtszeit der Anteil an Sozialwohnungen auf 25 % erhöht. Die Sozialpolitik der sozialistischen Bürgermeisterin wurde jedoch auch heftig kritisiert. Die Schulden der Stadt sind seit ihrem Amtsantritt deutlich gestiegen (von 4 auf 9 Milliarden Euro). Zudem herrscht vielfach Unzufriedenheit über die Sauberkeit in der Stadt, und es ist nicht gelungen, einen weiteren Anstieg der ohnehin extrem hohen Mietpreise zu verhindern. Laut jüngeren Meinungsumfragen sind 60 % der Pariser mit der Bilanz von Anne Hidalgo unzufrieden.



Sitzverteilung in Pariser Stadtrat.
In der linken Mehrheit sitzen Räte aus der PS, der kommunistischen Partei und den Grünen. In der Opposition sind Räte aus den Reihen der rechtsbürgerlichen Parteien und Macronisten

Das Bewerberfeld

Nicht weniger als fünf Listen können auf den Einzug in den zweiten Wahlgang hoffen: Innerhalb der PS kam es zu einem heftigen Machtkampf um die Nachfolge von Anne Hidalgo. Der von ihr favorisierte Kandidat Rémi Féraud konnte sich bei der parteiinternen Abstimmung nicht gegen ihren ehemaligen ersten Stellvertreter (2018–2024) und jetzigen Abgeordneten des 7. Pariser Wahlkreises, Emmanuel Grégoire (*1977), durchsetzen. Unter seiner Ägide hat die PS in Paris im Dezember 2025 ein Linksbündnis mit fast allen linken Parteien (außer La France Insoumise (LFI)) geschlossen, das in aktuellen Umfragen auf etwa 30 % Zustimmung kommt.



Rachida Dati (*1965) ist Oppositionsführerin im Pariser Stadtrat, parallel dazu übt sie auch das Amt der Bürgermeisterin des 7. Bezirks aus. Seit 2024 war sie auch französische Kulturministerin, hat aber am 25. Februar mit Blick auf Ihre Kandidatur in Paris ihren Rücktritt eingereicht. Sie führt eine Liste an, die von den konservativen Les Républicains, dem MoDem (der Zentrumsparterie des ehemaligen Premierministers François Bayrou) und der Kleinpartei UDI unterstützt wird, und gilt als größte Herausforderin von Emmanuel Grégoire. Laut aktuellen Umfragen kann sie mit etwa 24 % der Stimmen rechnen.



Ein weiterer Vertreter der gemäßigten bürgerlichen Rechten ist Pierre-Yves Bournazel (*1977). Bournazel sitzt seit 2008 im Rat des 18. Pariser Bezirks und ist Mitglied der Partei Horizons (der Partei des ehemaligen Premierministers Édouard Philippe). Seine Kandidatur war lange unsicher, da Gabriel Attal, Vorsitzender der Präsidentenpartei Renaissance, ursprünglich die Liste von Rachida Dati unterstützen wollte. Nun ist Bournazel aber der offizielle Kandidat des Parteienbündnisses, das Macron unterstützt. Mit etwa 14 % der Stimmen kann auch seine Liste auf den Einzug in die Stichwahl hoffen.



Da kein Bündnis mit einer anderen linken Partei zu Stande gekommen ist, tritt La France Insoumise mit einer eigenen Liste unter der Führung der Abgeordneten Sophia Chikirou (*1979) an. Laut den aktuellen Umfragen kann sie mit einem Stimmanteil von etwa 12 % rechnen.



Auf Seiten der Rechtsextremen konkurrieren zwei Listen miteinander: Die des Rassemblement National, die voraussichtlich rund 5 % erhalten wird, und die der noch radikaleren Kleinpartei Reconquête!. An ihrer Spitze steht die Europaabgeordnete Sarah Knafo (*1993), die Lebensgefährtin des ehemaligen Präsidentschaftskandidaten Éric Zemmour. Ihre Liste wird in Meinungsumfragen überraschenderweise bei ungefähr 11 % gesehen.



Herausforderungen der Wahl

Die Kommunalwahl in Paris gilt als wichtiger Indikator für die politischen Dynamiken auf nationaler Ebene. Die zentrale Frage betrifft die Liste des Sozialisten Emmanuel Grégoire: Kann sie ohne die Unterstützung von LFI eine Mehrheit bekommen? Die Sozialisten sind in Paris nicht mehr so beliebt wie früher, und das neue Wahlrecht sorgt für zusätzliche Unsicherheit.

Die Spaltung der Linken zwischen Insoumis und „Non-Mélenchonistes“ ist symptomatisch für die nationale politische Lage. In vielen großen Städten treten linke Listen ohne Beteiligung der Anhänger von Jean-Luc Mélenchon, Gründer und dominante Figur von LFI, an. Diese Zersplitterung könnte sich bei der Präsidentschaftswahl 2027 fortsetzen und die Chancen der Linken auf den Einzug in die Stichwahl verringern. Beide Lager scheinen derzeit unversöhnlich.

Das stellt auch die französischen Grünen vor Herausforderungen. Die Parteichefin, Marine Tondelier, hat lange versucht, ein Zerbrechen des Linksbündnisses, das bei den Parlamentswahlen 2022 und 2024 erfolgreich war, zu verhindern. Das scheint nun unmöglich, so dass sich die Grünen entscheiden müssen, welche Seite sie unterstützen. Auch wenn sie bei den Kommunalwahlen überwiegend gemeinsame Listen mit der PS gebildet haben (wobei jeweils lokal und nicht in Paris entschieden wurde), gibt es vereinzelt Abweichler. In Paris haben einzelne grüne Stadträte entschieden, nicht Emmanuel Grégoire, sondern Sophia Chikirou zu unterstützen.

Wenn die Liste von LFI in Paris den zweiten Wahlgang erreicht und sich außerdem die beiden Listen der bürgerlichen Rechten vereinen, könnte ein Bündnis PS-Grüne-LFI die einzige Option für die Linke sein, um die Wahl zu gewinnen. Pierre-Yves Bournazel hat zwar immer wieder bekräftigt, vor dem zweiten Wahlgang keine Allianz mit Rachida Dati eingehen zu wollen, die vermutlich auf seine Unterstützung angewiesen wäre, um für ihre Liste eine Mehrheit zu erreichen. Ex-Premier Edouard Philippe hingegen plädiert dafür, alles dafür zu tun, einen Wahlsieg des Mitte-Rechts-Lagers zu ermöglichen, und erhöht damit den Druck auf Bournazel, vor dem zweiten Wahlgang zugunsten von Dati auf seine Kandidatur zu verzichten.

Schließlich stellt sich auch die Frage nach einer möglichen „Union der Rechten“, über die seit Jahren innerhalb der bürgerlichen Rechten diskutiert wird: Soll man Allianzen mit rechtsextremen Parteien eingehen, um Wahlen zu gewinnen? In Paris könnte Rachida Dati auch versuchen, eine Allianz mit der Liste von Sarah Knafo einzugehen. Auch innerhalb der Républicains wird diese Frage zunehmend diskutiert. Ihr ehemaliger Parteivorsitzende Laurent Wauquiez fordert beispielsweise eine Vorwahl für den rechten Präsidentschaftskandidaten, die das gesamte rechte

bis rechtsextremistische Spektrum abdeckt, vom relativ gemäßigten Innenminister Gérald Darmanin bis hin zu der extremistischen Sarah Knafo. Diesen Vorschlag lehnen andere Parteiführer entschieden ab.

Die Kommunalwahlen in Lyon (Stand 25.02.2026)

Ausgangssituation

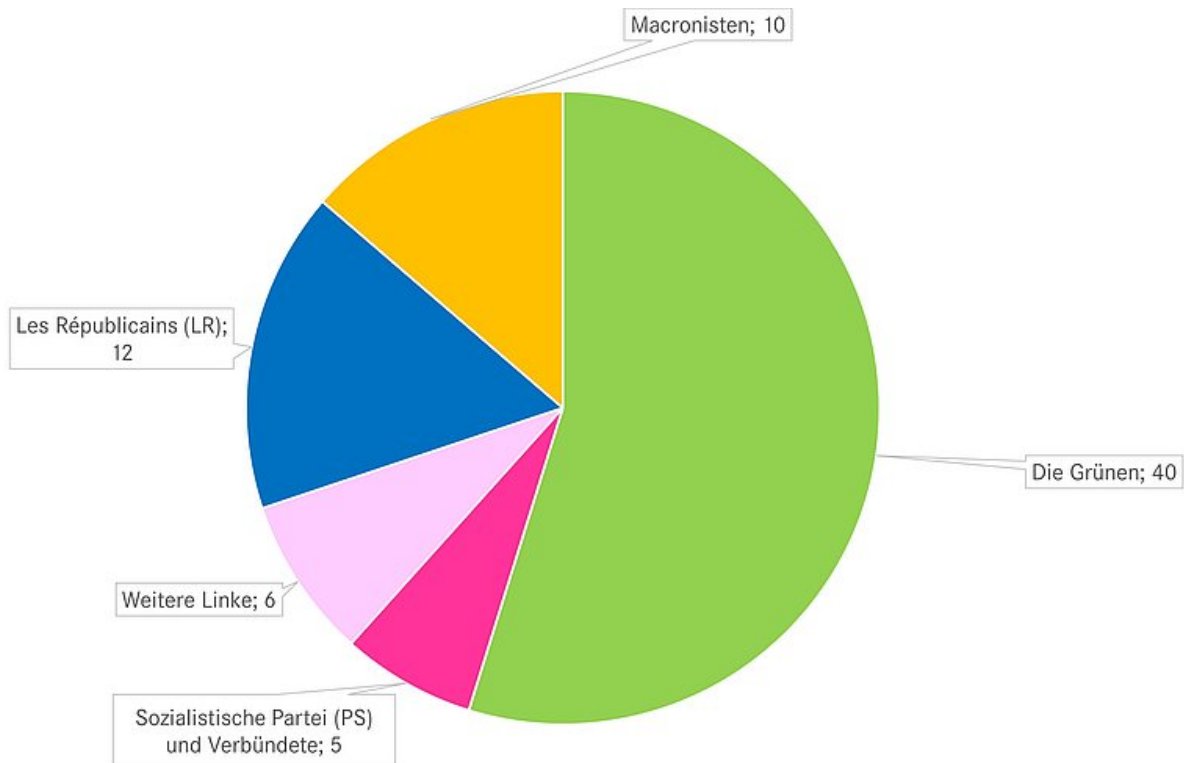
Von 2001 bis 2020 war Gérard Collomb mit einer einjährigen Unterbrechung von 2017 - 2018 Bürgermeister der Stadt Lyon. Collomb war 2017 einer der ersten landesweit bekannten Politiker, der seine ursprüngliche Partei, die Parti socialiste (PS) verließ, um sich der Bewegung En Marche von Emmanuel Macron anzuschließen.

Bei der Kommunalwahl 2020 bildeten die Grünen (Les Ecologistes) nach dem ersten Wahlgang eine gemeinsame Liste mit anderen linken Listen, darunter denen von der PS, der Parti communiste français (PCF) und von La France Insoumise (LFI). Neben dieser erweiterten Liste standen im zweiten Wahlgang ein Bündnis aus Les Républicains und Macronisten, das sich unter der Führung von Yann Cucherat formiert hatte, und eine weitere Liste von Macronisten mit dem Spitzenkandidaten Georges Képénékian zur Wahl. Képénékian, der von 2017 - 2018 als Nachfolger des in die Regierung von Edouard Philippe eingetretenen Gérard Collomb selbst Bürgermeister gewesen war, verweigerte ein Bündnis mit der Liste von Cucherat und so kam es zu einem Dreikampf, aus dem der Wahlvorschlag der Linken als Sieger hervorging. Ihr Spitzenkandidat Grégory Doucet (Les Écologistes) wurde im Anschluss zum Bürgermeister von Lyon gewählt.

Auch bei der Wahl des Rates Métropole Lyon kam zu einer Konkurrenzsituation zwischen den zentristischen und gemäßigt rechten Kräften: Neben einer Liste unter Führung von Gérard Collomb, dem offiziellen Kandidaten der Präsidentenpartei Renaissance, und einer unter der Führung von David Kimelfeld, der von 2017 bis 2020 als dessen Nachfolger Präsident der Métropole gewesen war, stand dabei auch eine eigene Liste für die Partei Les Républicains von François-Noël Buffet zur Wahl.

Die zwangsläufige Verteilung der Stimmen des Mitte-rechts-Lagers auf diese drei Listen sowie der gleichzeitige Zusammenschluss der linken Kräfte unter der Führung des grünen Politikers Bruno Bernard führten zu einem überraschenden Wahlsieg der Grünen auch auf der Ebene der Métropole.

Nach dem zweiten Wahlgang am 28. Juni 2020 regierten die Grünen damit sowohl die Stadt Lyon als auch die Métropole.



Bewerberfeld

Derzeit deutet vieles auf einen Zweikampf zwischen dem amtierenden Bürgermeister Grégory Doucet und dem Unternehmer und ehemaligen Präsidenten des Fußballvereins Olympique Lyonnais, Jean-Michel Aulas, hin.

Grégory Doucet (*1972) führt erneut eine linke Liste an, der neben seiner eigenen Partei Les Écologistes die PS, die PCF sowie mehrere kleinere linke Bewegungen angehören. Lange Zeit schien seine Wiederwahl wegen des Fehlens ernsthafter Konkurrenten gesichert. In aktuellen Umfragen liegt seine Liste jedoch mit etwa 30 % deutlich hinter der seines Herausforderers Jean-Michel Aulas, die Meinungsforscher bei rund 44 % sehen.



Die Kandidatur von Jean-Michel Aulas (*1949) kam überraschend. Dem 76jährigen Unternehmer ist es binnen kurzer Zeit gelungen, sich die Unterstützung fast aller Parteien der Mitte und der bürgerlichen Rechten (Renaissance, Horizons, Les Républicains, UDI, und dem MoDem) zu sichern und so verfügt er über gute Chancen, zum Bürgermeister der Stadt gewählt zu werden.



Zwei weitere Listen können auf den Einzug in die Stichwahl hoffen: die von Anaïs Belouassa-Cherifi (*1995) angeführte Liste des LFI sowie die Liste des Rassemblement National (RN) und der Partei Union des Droites pour la République (UDR) mit ihrem Spitzenkandidaten Alexandre Dupalais (*1992). Beide könnten jeweils die nötigen 10 % erreichen.



Herausforderungen der Wahl

Der Wahlsieg von Les Écologistes in Lyon war 2020 kein Einzelfall. In diesem Jahr erlebte die Partei eine sogenannte „grüne Welle“ und konnte nach den Kommunalwahlen in mehreren Großstädten wie Bordeaux, Lyon oder Strasbourg sowie auch in Tours, Poitiers und Besançon den Bürgermeister stellen. Ihre Amtsführung wurde wegen ihres teilweise auch als ideologisch wahrgenommenen Kurses mitunter heftig kritisiert, so dass es fraglich erscheint, ob sie ihre Mandate verteidigen werden können. Auch in Lyon erscheint dies schwierig, da die gemäßigt konservative Liste von Jean-Michel Aulas in Umfragen deutlich vorne liegt, und so selbst ein Bündnis zwischen der gemäßigten linken Liste und der von LFI vor dem zweiten Wahlgang nicht mehrheitsfähig sein könnte. Und so könnte die Ära grün geführter Rathäuser, die 2020 begonnen zu haben schien, bereits nach sechs Jahren wieder teilweise zu Ende gehen.

Wie auch in anderen grün regierten Städten (und nicht zuletzt in Paris) findet der vorangetriebene ökologische Stadtbau zwar durchaus Unterstützung, stößt teilweise aber auch auf große Ablehnung. Im Mittelpunkt steht dabei häufig die Frage, welchen Platz das Auto in der Innenstadt (noch) einnehmen darf. Dabei geht es um Verkehrsführung und -beruhigung, Parkplatzangebote, usw. Besonders umstritten war diesbezüglich die in Lyon auf Grundlage nationaler Gesetzgebung eingeführte Niedrigemissionszone (zone à faible émissions, ZFE), mit der ältere Fahrzeuge faktisch aus dem Zentrum ausgesperrt wurden, um die Luftqualität zu verbessern. Diese steht allerdings vor dem Aus, weil ein Gesetzentwurf der Assemblée nationale die Abschaffung der ZFE vorsieht, was einen herben Rückschlag für das Ziel Lyons, möglichst schnell klimaneutral zu werden, bedeuten würde.

Jean-Michel Aulas stellt die Themen Sicherheit und Sauberkeit in den Mittelpunkt seiner Kampagne und fordert u.a. eine stärkere Videoüberwachung. Dieses Thema steht im Übrigen auch in Umfragen zur Kommunalwahl bei den Bürgerinnen und Bürgern ganz oben.

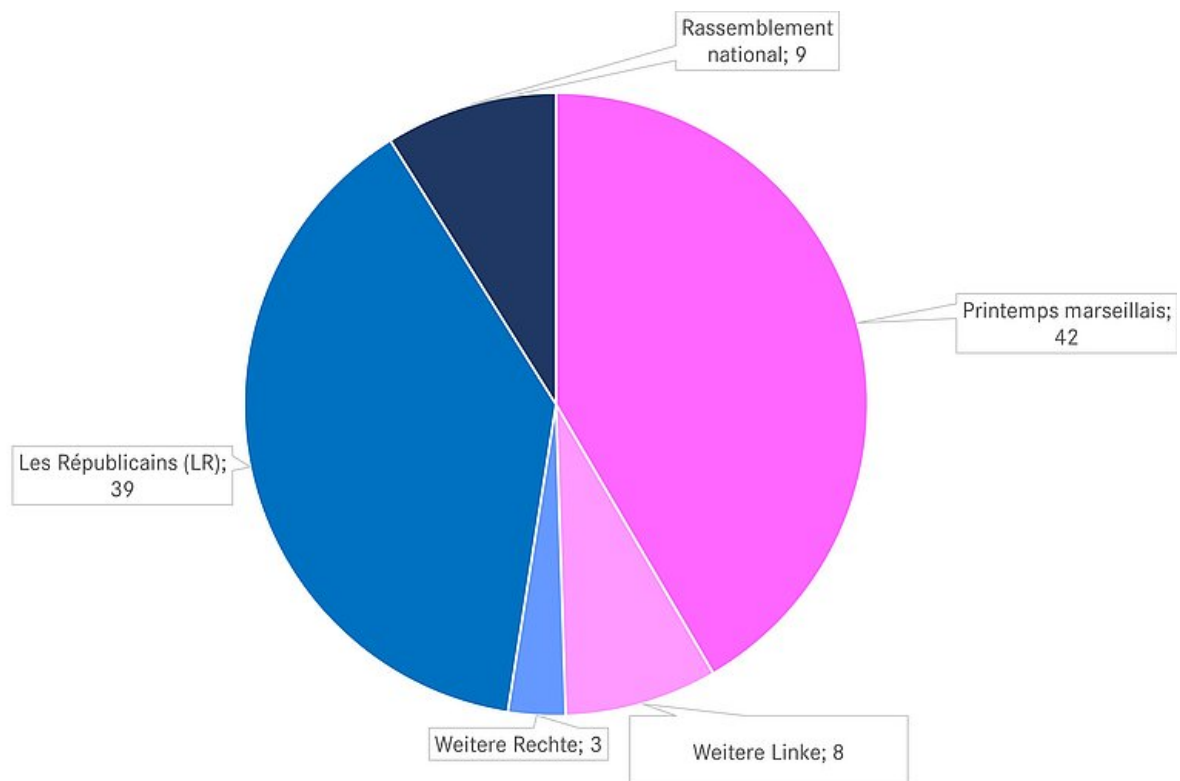
Überschattet wird der Wahlkampf vom Tod des rechtsextremen Aktivisten Quentin Deranque, der am 14. Februar 2026 bei einer gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen rechtsextremen und antifaschistischen Aktivisten in Lyon ums Leben kam. Der Tod des 23jährigen führte zu heftigen politischen Kontroversen, insbesondere nachdem bekannt geworden war, dass ein parlamentarischer Mitarbeiter des LFI-Abgeordneten Raphaël Arnault an dem Vorfall beteiligt gewesen sein soll. Dies hat zu verstärkter Kritik an La France Insoumise geführt, in deren Mittelpunkt insbesondere ihr Gründer Jean-Luc Mélenchon steht. Ihm wird vorgeworfen, mit seinem stark zuspitzenden und polarisierenden Kurs zu einer Verschärfung des politischen Diskurses beigetragen zu haben. Zahlreiche, v.a. konservative Politiker fordern nun, dass andere Parteien mit LFI wegen seiner extremistischen Tendenzen keine Bündnisse mehr eingehen sollen. Die noch nicht vollständig aufgeklärte Tragödie um Quentin Deranque verdeutlicht auch eine Verschiebung in der öffentlichen Wahrnehmung zwischen LFI und dem RN: Der von Jordan Bardella geführte RN erscheint inzwischen einem Teil der Öffentlichkeit im Vergleich zu LFI als relativ

gemäßigt. LFI hingegen wird wegen seines konfrontativen Stils als zunehmend radikal wahrgenommen und vom Innenministerium kürzlich sogar als linksextrem eingestuft. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob andere linke Parteien künftig Bündnisse mit LFI eingehen können, ohne dabei Gefahr zu laufen, gemäßigte Wähler zu verlieren.

Die Kommunalwahlen in Marseille (Stand 27.02.2026)

Ausgangssituation

Die eigentlich traditionell linke Stadt Marseille regierte von 1995 bis 2020 der konservative Politiker Jean-Claude Gaudin. 2017 gab er bekannt, bei der Kommunalwahl 2020 im Alter von 81 Jahren nicht erneut kandidieren zu wollen. Seine designierte Nachfolgerin und Kandidatin der konservativen Partei Les Républicains, Martine Vassal, die seit 2001 Mitglied des Stadtrats von Marseille und seit 2018 Präsidentin der Métropole Aix-Marseille-Provence mit 92 Kommunen ist, konnte sich 2020 im zweiten Wahlgang jedoch nicht durchsetzen. Ihre Liste erhielt nur 30,75 % der Stimmen. Stattdessen gewann das von der Grünen Michèle Rubirola geführte Linksbündnis Printemps Marseillais die Wahl mit 38,28 % der Stimmen, die des Rassemblement National (RN) bekam 20,3 %. Aufgrund des damals noch geltenden Wahlsystems in Marseille spiegelte der Stadtrat die Wahlergebnisse jedoch nur unzureichend wider. Das Linksbündnis erhielt 42 Sitze, die Liste von Martine Vassal 39 und die des RN 9. Die übrigen Sitze gingen an die Listen des konservativen Politikers Bruno Gilles (3) und der linken Politikerin Samia Ghali (8). Die von Renaissance, der Partei von Emmanuel Macron, erhielt lediglich einen Sitz im Rat des 2. Bezirks. Am 4. Juli 2020 wurde Michèle Rubirola zur Bürgermeisterin von Marseille gewählt, trat aber bereits Mitte Dezember 2020 aus gesundheitlichen Gründen wieder von Ihrem Amt zurück. Ihr erster Stellvertreter Benoît Payan wurde am 21. Dezember 2020 vom Stadtrat zu ihrem Nachfolger gewählt.



Die Sitzverteilung im Marseiller Stadtrat

Das Bewerberfeld

Aktuellen Umfragen zufolge können vier Listen auf den Einzug in den zweiten Wahlgang hoffen. Der amtierende sozialistische Bürgermeister Benoît Payan (*1978) führt die gemeinsame Liste Printemps Marseillais der Parti Socialiste, der Parti communiste français und der Ecologistes an. Diese wird im ersten

Wahlgang voraussichtlich etwas mehr als 30 % der Stimmen erhalten.



Sein größter Herausforderer ist der Kandidat des RN, Franck Allisio (*1980), dessen Liste derzeit auf 29 % der Wahlabsichten kommt. Ursprünglich Mitglied der Union pour un mouvement populaire (UMP), der Vorgängerpartei von Les Républicains, wechselte Allisio 2015 zum Front National. Seit 2022 ist er Abgeordneter des RN für den 12. Wahlkreis des Départements Bouches-du-Rhône.



Martine Vassal (*1962) führt erneut die Liste der Républicains an, obwohl sie der Partei seit 2022 offiziell nicht mehr angehört. Sie wird zudem von mehreren Parteien der politischen Mitte unterstützt, insbesondere von Renaissance, Horizons und dem MoDem. Sie dürfte etwa 21 % der Stimmen erhalten.



Wie in vielen anderen französischen Städten hat La France Insoumise (LFI) auch in Marseille eine eigene Liste aufgestellt, die der seit 2022 amtierende Abgeordnete Sébastien Delogu (*1987) anführt. Delogu strebt einen Bruch mit der Politik der amtierenden Stadtregierung an. Mit etwa 12 % der Stimmen dürfte auch der Wahlvorschlag von LFI den Einzug in die Stichwahl schaffen.



Herausforderungen der Wahl

In Marseille zeichnet sich also ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen dem Linksbündnis und dem RN ab. Die Liste von Benoît Payan liegt zwar derzeit vorn, doch der Rücktritt von Michèle Rubirola und seine anschließende Wahl zum Bürgermeister wurden damals heftig kritisiert, was seiner Liste schaden könnte. Darüber hinaus konnte der RN bei den Parlamentswahlen 2024 seine Position in Marseille stärken und verfügt nun über drei der sieben Abgeordnetensitze der Stadt. Zusätzlich sorgt das neue Wahlrecht für weitere Unsicherheit.

Eine zentrale Frage betrifft die Rolle von LFI: Die Partei beabsichtigt, die Kandidaturen ihrer Listen landesweit in jedem Fall auch im zweiten Wahlgang aufrechtzuerhalten, um so möglichst viele Vertreter in die Stadt- und Gemeinderäte entsenden zu können. Mit Hilfe der Stimmen dieser Mandatsträger erhofft sich die Partei, die Zahl ihrer Sitze im Senat, dessen Mitglieder zur Hälfte im September 2026 neu gewählt werden, zu erhöhen. In Städten wie Marseille, in denen der RN realistische Aussichten auf eine Mehrheit hat, könnte diese Strategie den Rechtspopulisten allerdings zum Sieg verhelfen. Auch sie spekulieren im Übrigen auf mehr Sitze im Senat in der Hoffnung, dort ab September eine Fraktion bilden zu können. Hierfür sind 10 Sitze erforderlich (momentan verfügt der RN über 3 Mandate).

Der Liste der gemäßigten Rechts- und Zentrumsparteien von Martine Vassal werden in aktuellen Umfragen kaum noch Chancen auf einen Erfolg eingeräumt. Der RN ist rechts der Mitte die dominante Kraft, während das Linksbündnis das linke Lager weitgehend vereint. Der Spielraum für Mitte-rechts ist daher begrenzt. Sollte der RN im ersten Wahlgang ein besonders starkes Ergebnis erzielen, stellt sich die Frage, ob Martine Vassal auf eine Kandidatur im zweiten Wahlgang verzichten wird, um die Wahl eines RN-Bürgermeisters zu verhindern, oder ob sie ihre Kandidatur aufrechterhalten und so das Risiko eines Sieges von Franck Allisio in Kauf nehmen wird.

Auch in Marseille wird der Wahlkampf vor allem vom Thema Sicherheit dominiert, und zwar insbesondere mit Blick auf den Drogenhandel und die damit verbundene Gewalt. Tötungen auf offener Straße haben in den letzten Jahren immer wieder Schlagzeilen gemacht. Benoît Payan hat sich die Unterstützung von Amine Kessaci gesichert, einem jungen Aktivisten, der sich gegen Drogenhandel engagiert und nun Payans Wahlliste angehört. Zwei seiner Brüder wurden in den letzten Jahren in Marseille ermordet.

Ein weiteres Thema ist der schlechte Zustand der Schulen. Zwar hat die Stadt vor fünf Jahren mit staatlicher Unterstützung ein Investitionsprogramm über 1,5 Milliarden Euro aufgelegt, aber es wird kritisiert, das Geld werde nicht effizient eingesetzt.

Schließlich wird auch diskutiert, was die linksgrüne Mehrheit in Sachen Klimaschutz erreicht hat. Der Ausbau der Trambahn geht nur schleppend voran, ebenso wie die versprochene Begrünung (Pflanzung von 100.000 Bäumen). Hinzu kommt die Luftverschmutzung durch Kreuzfahrtschiffe, die im Hafen von Marseille bei laufenden Motoren ankern. Der Stadt fehlt hier allerdings die Zuständigkeit, weil der große Seehafen hauptsächlich vom Staat verwaltet wird.

Spannende Konstellationen vor dem ersten Wahlgang in weiteren Städten

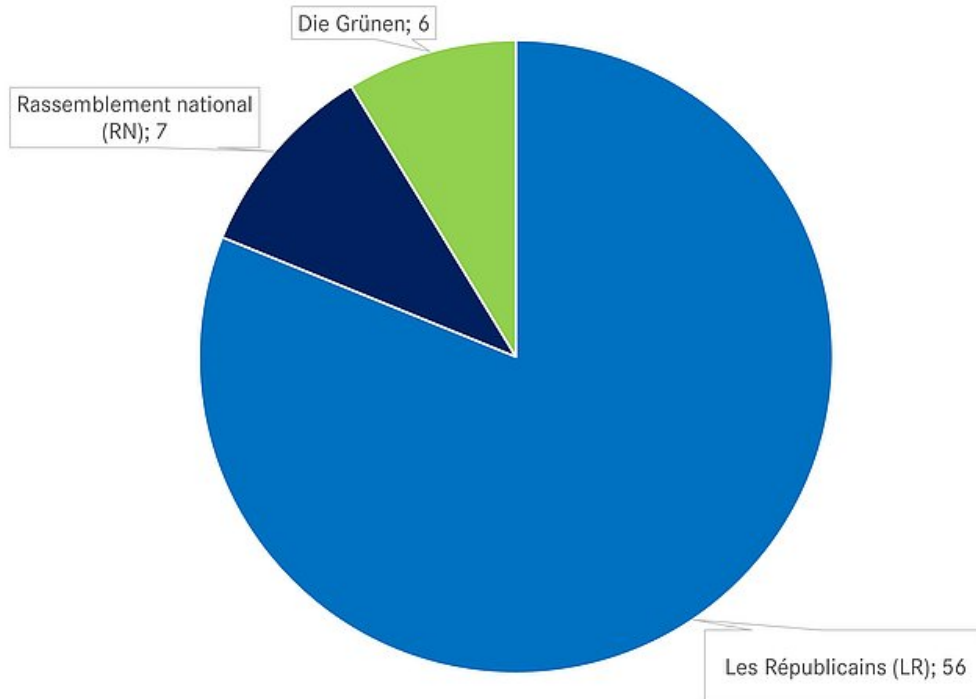
Die Kommunalwahlen in Nizza (Stand 04.03.2026)

Ausgangssituation

Christian Estrosi ist seit 2008 Bürgermeister der traditionell konservativen Küstenstadt Nizza. Der ehemalige

Motorradrennfahrer gehörte zunächst der Partei Les Républicains (LR) an, bevor er 2021 der gemäßigt konservativen Partei Horizons des ehemaligen Premierministers Édouard Philippe beitrug, deren Vizepräsident er seit 2022 ist.

Bei der Kommunalwahl 2020 wurde Estrosi von mehreren rechten und Zentrumsparteien unterstützt, darunter Les Républicains und MoDem. Seine Liste verfehlte im ersten Wahlgang zwar mit 47,62 % knapp die absolute Mehrheit, konnte ihr Ergebnis von 2014 aber um drei Prozentpunkte steigern. Im zweiten Wahlgang setzte sich die Liste von Estrosi gegen die des Rassemblement National (RN) unter der Führung von Philippe Vardon sowie gegen die der Grünen von Jean-Marc Governatori durch. Mit 59,3 % der Stimmen erhielt sie 56 Sitze im Gemeinderat, die verbleibenden 13 Sitze gingen an die beiden anderen Listen.



Die Sitzverteilung im Nizzaer Stadtrat

Bewerberfeld

Derzeit deutet vieles auf einen Zweikampf zwischen dem amtierenden Bürgermeister Christian Estrosi und dem Vorsitzenden der Partei Union des Droites pour la République, Eric Ciotti, hin.

Christian Estrosi (*1955) ist eine zentrale Figur der lokalen Politik in Nizza. Neben seinem Amt als Bürgermeister nimmt er seit 2012 das des Präsidenten des Gemeindeverbands Métropole Nice Côte d'Azur und seit 2017 das des ersten Vizepräsidenten des Regionalrats der Region Provence-Alpes-Côte d'Azur ein. Laut aktuellen Umfragen liegt seine Liste bei etwa 31 % und damit deutlich hinter der seines profiliertesten Herausforderers Eric Ciotti.



Eric Ciotti (*1965), derzeit Abgeordneter der Nationalversammlung, führt eine Liste an, die unter anderem vom RN sowie der rechtskonservativen ökologischen Partei Écologie au Centre von Jean-Marc Gatorati unterstützt wird. Ciotti war von 2022 bis 2024 Vorsitzender von LR. Kurz vor den Parlamentswahlen 2024 wurde er aus der Partei ausgeschlossen, weil er ohne Rücksprache mit den Parteigremien ein Bündnis mit dem RN eingegangen war. Im August gründete er mit weiteren ehemaligen LR-Abgeordneten, die wie er für Bündnisse mit dem RN eintreten, die Partei Union des droites pour la République (UDR). Mit über 40 % der Wahlabsichten für seine Liste im ersten Wahlgang hat Ciotti gute Chancen, zum Bürgermeister gewählt zu werden.



Zwei weitere Listen könnten ebenfalls die für den Einzug in die Stichwahl erforderlichen 10 % erreichen: die von der Grünen Juliette Chesnel-Le Roux angeführte Liste der gemäßigten Linken (Ecologistes, PS, PCF) sowie die Liste von La France Insoumise unter der Führung von Mireille Damiano.





Herausforderungen der Wahl

Die Wahl in Nizza wird auf nationaler Ebene mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt, vor allem wegen des direkten Duells zwischen dem amtierenden Bürgermeister Christian Estrosi und seinem ehemaligen Mitarbeiter Eric Ciotti, der zunächst parlamentarischer Assistent und später Kabinettschef von Estrosi war - während dessen Zeit als Präsident des Départementrats von Alpes-Maritimes (2008 beerbte Ciotti dann seinen ehemaligen Chef an der Spitze des Rates). Der politische Bruch erfolgte im Zuge der Annäherung Estrosis an Präsident Emmanuel Macron.

Ihr Wahlkampf ist von großer persönlicher Härte geprägt: Das Team von Estrosi veröffentlichte eine äußerst kritische Bewertung von Ciottis Finanzführung als Präsident des Départementrats und sprach dabei von einer „schwarzen Bilanz“. Umgekehrt sah sich Estrosi gezwungen, Gerüchte über eine angebliche Parkinson-Erkrankung öffentlich zu dementieren. In einer Pressekonferenz denunzierte er Spionagemethoden („*méthodes de barbouzes*“).

Zu bestimmenden Themen gehören auch in Nizza Sicherheit, bezahlbarer Wohnraum und innerstädtische Mobilität (darunter die bessere Anbindung der auf den Anhöhen gelegenen Stadtviertel, für die Estrosi die Konstruktion einer Seilbahn vorschlägt). Sollte Eric Ciotti die Wahl gewinnen, würde das Bündnis zwischen seiner Partei UDR und dem RN die mit mehr als 350.000 Einwohnern fünftgrößte Stadt Frankreichs regieren. Bislang war Perpignan mit rund 120.000 Einwohnern die größte von einem RN-Bürgermeister regierte Stadt. Ein solcher Wahlsieg könnte dem RN zudem bei den Senatswahlen 2026 zugutekommen, da u.a. die kommunalen Mandatsträger die Mitglieder des Senats bestimmen.

Fraglich ist, ob die Linken im zweiten Wahlgang auf eine Kandidatur zugunsten von Christian Estrosi verzichten werden, um einen Wahlsieg Eric Ciottis zu verhindern. Beide Spitzenkandidatinnen haben allerdings während des Wahlkampfes erklärt, im Stadtrat eine linke Opposition vertreten zu wollen. Ob sie vor dem zweiten Wahlgang ein Bündnis miteinander schließen werden, ist unklar.

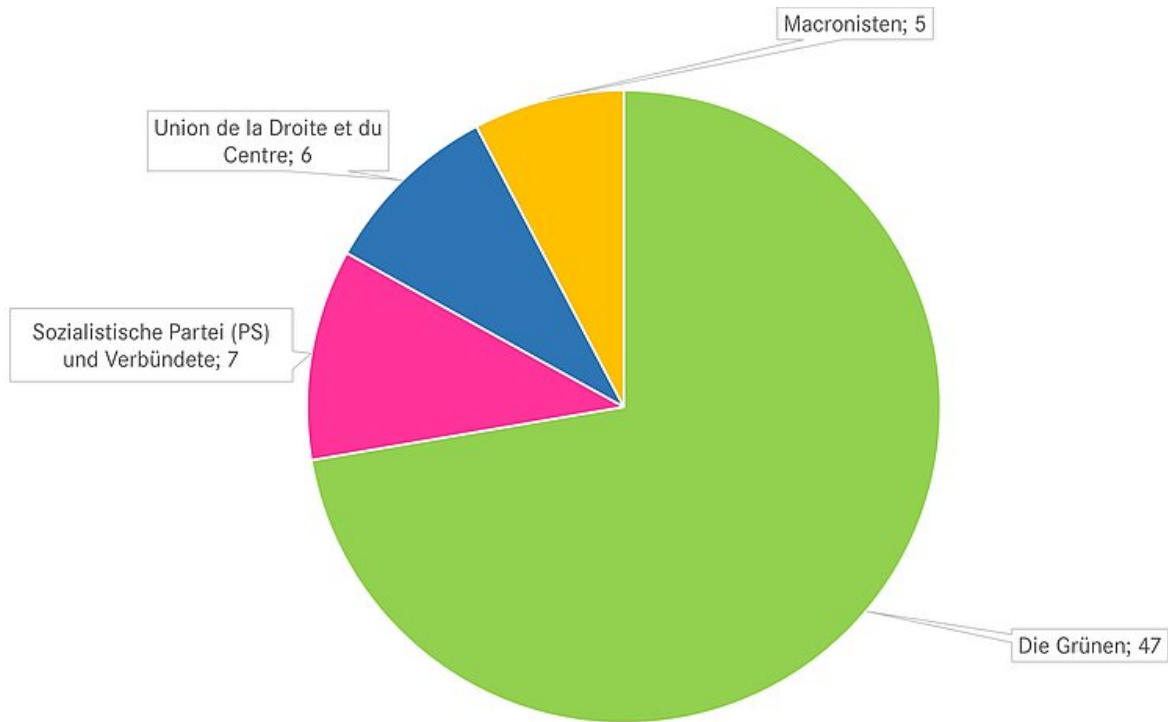
Die Kommunalwahlen in Strasbourg (Stand 05.03.2026)

Ausgangssituation

Der Wahlsieg von Jeanne Barseghian mit 41,71% der abgegebenen Stimmen in der zweiten Runde der Kommunalwahlen von 2020 brachte erstmals eine Vertreterin einer linksökologischen Liste an die Spitze der Europastadt Strasbourg. Ihr Sieg war überraschend, gewann sie doch gegen Alain Fontanel, der für das vereinigte Mitte-Rechts-Bündnis von LRM-AGIR-MODEM und LR (34,96%) antrat und auch gegen die sozialistische Liste, die Catherine Trautmann anführte (23,33%). Bis zuletzt gab es damals vor dem zweiten Wahlgang Verhandlungen über die Zusammenlegung der beiden linksorientierten Listen, die aber letztendlich nicht zustande kam. Stattdessen gelang der Liste Barseghians der Sieg gegen beide Herausforderer, ohne dafür auf die Zustimmung der sozialistischen Partei oder ein Zusammengehen mit der Liste Catherine Trautmanns angewiesen zu sein. Die Stimmverteilung im Straßburger Stadtrat ist bis dato die folgende: 47 Sitze für die Mehrheit (Strasbourg écologiste et citoyenne), sechs Sitze für die Allianz der gemäßigten Rechten (als „Union de la Droite et du Centre“), die lange Zeit gemeinsam mit den fünf Sitzen für die Zentrumsliste aus Centristes & Progressistes (Renaissance, MoDem, Agir) auftraten, sieben Sitze für die Liste „Faire ensemble Strasbourg“ (sozialdemokratische Liste, u.a. PS). Vor den anstehenden Wahlen waren dabei Absetzungsbewegungen zu beobachten, so auf der äußersten Linken (vier Stadträte haben die Mehrheitsliste verlassen) und zwischen

Zentrum und gemäßigten Rechten.

Barseghian, die seit 2014 über politische Erfahrung im Stadtrat von Strasbourg gesammelt hatte, kündigte einen horizontalen und partizipativen Politikstil an und stellte die Klimaanpassung und Veränderungen hin zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung in den Vordergrund.



Sitzverteilung im Strasburger Stadtrat

Bewerberfeld

Inhaltlich bestimmen die Themen Wohnen, Parken, Öffentlicher Personennahverkehr, städtische Finanzen sowie Sicherheit und Sauberkeit den Wahlkampf.

Die Umfragen sehen die Liste der früheren Straßburger Bürgermeisterin und französischen Kulturministerin Catherine Trautmann (* 1951) im ersten Wahlgang an der Spitze. Die sozialistische Partei PS hat sich mit CAP21, einer ökologischen Partei der politischen Mitte zusammengeschlossen.



An zweiter Stelle folgt Jeanne Barseghian (*1980), die sich erneut zur Wahl stellt. Sie tritt an mit einer Liste, die die Grünen (EELV), die Kommunisten (PCF) und die ebenfalls ökologischen und proeuropäischen Parteien Place Publique et Génération.s vereint



An dritter Stelle folgt in Umfragen die Liste, die von Jean-Philippe Vetter (*1981) angeführt wird. Sie vereint Mitglieder der Républicains ebenso wie solche der UDI und weitere Mitte-Rechts-Parteien. Die Bemühungen um eine gemeinsame Liste mit den Vertretern von Renaissance führten nicht zum Erfolg. Deren Kandidat Pierre Jakubowicz (*1988) liegt mit 5,5% auf einem aussichtslosen Platz für die zweite Runde, aber eine evtl. Wahlempfehlung für die Liste Vetter könnte bedeutsam werden.



Auf Platz vier mit prognostizierten 11% in der ersten Runde liegt die Liste des Rassemblement National und der Union des Droites mit Virginie Joron (*1973). Die EU-Abgeordnete und ehemalige Regionalrätin der Region Grand Est setzt in erster Linie auf Sicherheit und Sauberkeit.



10% der abgegebenen Stimmen sagen die Prognosen voraus für die Liste von La France insoumise mit Florian Kobryn.



Herausforderungen der Wahl

Wie in den anderen großen französischen Städten, die 2020 einen grünen Bürgermeister gewählt haben, ist auch in Strasbourg die Bilanz von Jeanne Barseghian umstritten und ihre Wiederwahl keineswegs gesichert. Die Arbeit im Stadtrat war in den letzten Jahren von einer zunehmenden Polarisierung geprägt. Diese ging auf Kosten der in Strasbourg lange geübten parteiübergreifenden Zusammenarbeit in Kommunalfragen. Neben den Einschränkungen durch die zahlreichen Baustellen und den stark eingeschränkten und verteuerten Parkmöglichkeiten in der Innenstadt, kritisiert die Opposition auch, dass die Bürgermeisterin ihr Wahlversprechen eines partizipativeren Politikstils nicht eingehalten und die Verschuldung der Stadt (vor allem aufgrund der zur Hälfte kreditfinanzierten Investitionen in den ökologischen Umbau) in den vergangenen sechs Jahren verdoppelt habe (von rund 200 auf 400 Millionen Euro). Insbesondere der geplante weitere Ausbau der Straßenbahn, der mittlerweile vom Verwaltungsgericht gestoppt wurde, steht für diese nicht umgesetzten Projekte.

Entscheidend für den Wahlausgang wird die Mobilisierung der Wahlbevölkerung, die Anzahl der Listen, die im zweiten Wahlgang antreten können, und die Wahlempfehlungen der ausgeschiedenen Parteien und Listen sein. Auch wenn die Liste von Catherine Trautmann, die als Person weiterhin beliebt ist, in den Umfragen für den ersten Wahlgang vorne liegt, könnte die Wahlarithmetik im zweiten Wahlgang entscheidend werden: Welche Listen fusionieren, und welche Parteien rufen zur Unterstützung welcher Kandidatinnen auf? Je nach Ausgang des ersten Wahlgangs, könnte sich das linke Lager gegenseitig neutralisieren und die Mitte-Rechts-Liste von Jean-Philippe Vetter das Rennen für sich entscheiden.

Für die Amtsinhaberin von den Grünen könnte im zweiten Wahlgang die Unterstützung des LFI-Kandidaten Kobryn den entscheidenden Unterschied machen, je nachdem, ob LFI in der zweiten Runde selbst antreten kann, sich zugunsten Barseghians zurückzieht, die beiden Listen fusionieren – oder aber Kobryn keine klare Wahlempfehlung abgibt und seine Wählerschaft nicht zur Unterstützung Barseghians aufruft.

Am Ende könnten auch die Stimmen der rechtsextremen Virginie Joron ausschlaggebend sein. In den Umfragen für den ersten Wahlgang liegt sie bei 11% und hat folglich keine Aussicht darauf, die Wahl zu gewinnen, aber das Stimmenpotential ist ausreichend hoch, um im zweiten Wahlgang Gewicht zu haben und Einfluss auf die Zusammensetzung der Listen und die Mobilisierung der Wählerschaft zu nehmen.

Der Ausgang der Wahl bleibt deshalb bis nach dem zweiten Wahlgang spannend. Das Ergebnis wird auch bedeutsam sein für die Fortsetzung vieler Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, etwa beim Vorzeigeprojekt des grenzüberschreitenden Fernwärmenetzes oder bei der Entwicklung eines integrierten grenzüberschreitenden Nahverkehrstarifverbundes.

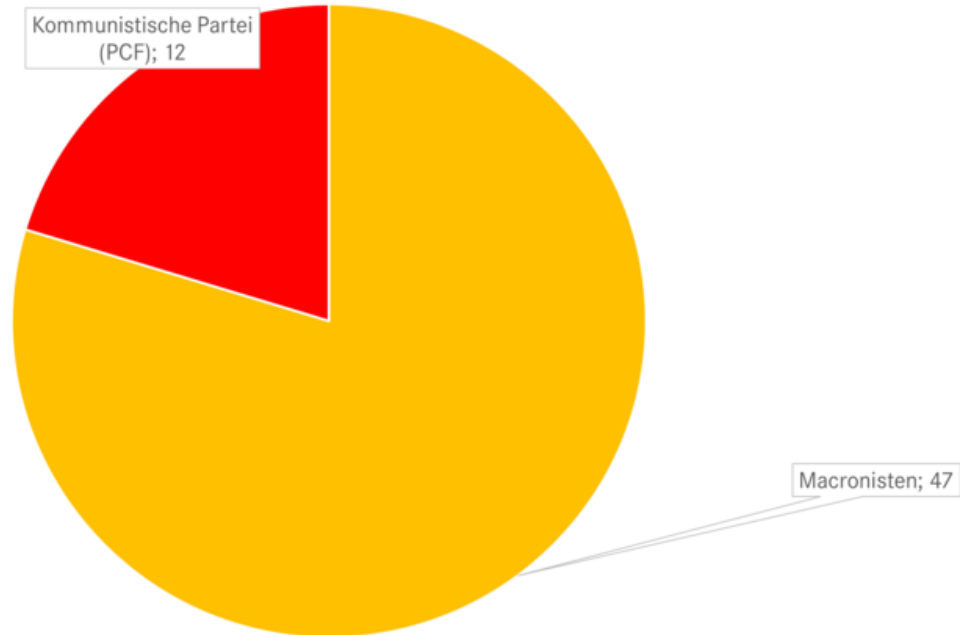
Die Kommunalwahlen Le Havre (Stand 06.03.2026)

Ausgangssituation

Seit dem Wahlsieg des konservativen Politikers Antoine Rufenacht im Jahr 1995 wird die stark industriell geprägte Hafenstadt Le Havre (166.500 Einwohner) von der bürgerlichen Rechten regiert. Nach dem Rücktritt von Rufenacht im Jahr 2010 wurde Édouard Philippe vom Gemeinderat zu seinem Nachfolger als Bürgermeister gewählt.

Bei der Kommunalwahl 2014 erhielt seine Liste auf Anhieb 52 % der Stimmen und so wurde Philippe bereits im

ersten Wahlgang wiedergewählt. Von 2017 bis 2020 war Philippe Premierminister unter Präsident Emmanuel Macron, Anfang Juli 2020 legte er dieses Amt allerdings nieder, nachdem er wenige Tage zuvor erneut zum Bürgermeister von Le Havre gewählt worden war (seit Mitte Juli ist er zudem Präsident des städtischen Kommunalverbands Le Havre Seine Métropole mit 267.000 Einwohnern). Bei dieser Wahl musste er in die Stichwahl gehen. Sein wichtigster Herausforderer war der kommunistische Abgeordnete Jean-Paul Lecoq. Mit 58 % der Stimmen gewann die Liste von Philippe letztlich 47 der Sitze im Gemeinderat, während die übrigen 12 Sitze an die Liste von Lecoq gingen.



Sitzverteilung im Stadtrat von Le Havre

Bewerberfeld

In der größten Stadt der Normandie können drei Listen auf den Einzug in den zweiten Wahlgang hoffen.

Édouard Philippe (*1970) stellt sich erneut zur Wahl und führt die Liste seiner Partei Horizons an, die zudem von den anderen Parteien der politischen Mitte und der bürgerlichen Rechten unterstützt wird. Er dürfte im ersten Wahlgang ca. 37 % der Stimmen erhalten.



Jean-Paul Lecoq (*1958), seit 2017 Abgeordneter des 8. Wahlkreises des Département Seine-Maritime, führt eine gemeinsame Liste von PCF, PS, Ecologistes und Place publique an. Diese Liste könnte im ersten Wahlgang etwa 35 % erzielen und wäre damit erneut der wichtigste Herausforderer des amtierenden Bürgermeisters.



Eine dritte Liste mit realistischen Chancen auf die Stichwahl wird vom rechtsextremen Politiker Franck Keller angeführt. Der derzeitige Stadtrat von Neuilly-sur-Seine war früher Mitglied von Les Républicains, bevor er sich 2022 im Zuge der Präsidentschaftswahl der rechtsextremen Partei Reconquête! anschloss. In Le Havre kandidiert er für eine Liste der Partei Union des Droites Républicaines (UDR), die auch vom Rassemblement National unterstützt wird. Seine Liste kommt derzeit auf etwa 18 % der Wahlabsichten. Die Kandidatin von LFI hat laut Umfragen keine realistische Chance, die erforderlichen 10 % der abgegebenen Stimmen zu erreichen.



Herausforderungen der Wahl

Die Wahl hat für Édouard Philippe eine besondere Bedeutung, da er bereits angekündigt hat, ihr Ergebnis als entscheidend für eine mögliche Präsidentschaftskandidatur im Jahr 2027 zu betrachten. Sollte er die Wahl verlieren, wird er laut eigener Aussage auf eine Kandidatur verzichten. Im Dezember 2025 hat er in einem Interview verkündet: „Wenn ich es nicht schaffe, die Einwohner von Le Havre zu überzeugen, obwohl ich seit 2010 Bürgermeister bin, bin ich nicht in der Lage, die Franzosen zu überzeugen.“

Wahlkampfthemen sind neben der Sicherheit in dem industriell geprägten Ballungsraum Kaufkraft, Lebensqualität, Gesundheitsversorgung (hier insbesondere der Fachkräftemangel) und Klimaschutz (bezüglich des letzten Themas kann Amtsinhaber Philippe übrigens durchaus auf Erfolge verweisen, u.a. auf den Ausbau der Straßenbahn, die Erweiterung des Fernwärmenetzes und die energetische Sanierung öffentlicher Gebäude).

Lange Zeit galt seine Wiederwahl als nahezu sicher. Jüngste Umfragen zeigen jedoch, dass dies nicht mehr der Fall ist: Zwar dürfte er im ersten Wahlgang die meisten Stimmen erhalten, eine absolute Mehrheit ist aber unwahrscheinlich. Stattdessen zeichnet sich ein Dreikampf („*triangulaire*“) im zweiten Wahlgang ab.

Dabei könnte die von Jean-Paul Lecoq angeführte Liste der Linken von den Stimmen der Wähler profitieren, die im ersten Wahlgang für den Wahlvorschlag von La France Insoumise gestimmt haben, und rund 42 % erreichen. Die Liste von Édouard Philippe käme laut jüngsten Umfragen nur auf etwa 40 %, während die des Kandidaten der UDR bei rund 18 % bliebe. Eine Wahlniederlage Philippes wäre für den ehemaligen Innenminister Bruno Retailleau (Vorsitzender LR), Justizminister Gérald Darmanin oder Ex-Premier Gabriel Attal (Vorsitzender Renaissance,

Fraktionsvorsitzender des Parteibündnisses Ensemble pour la République) von Vorteil, die ebenfalls bei der Präsidentschaftswahl 2027 kandidieren möchten.

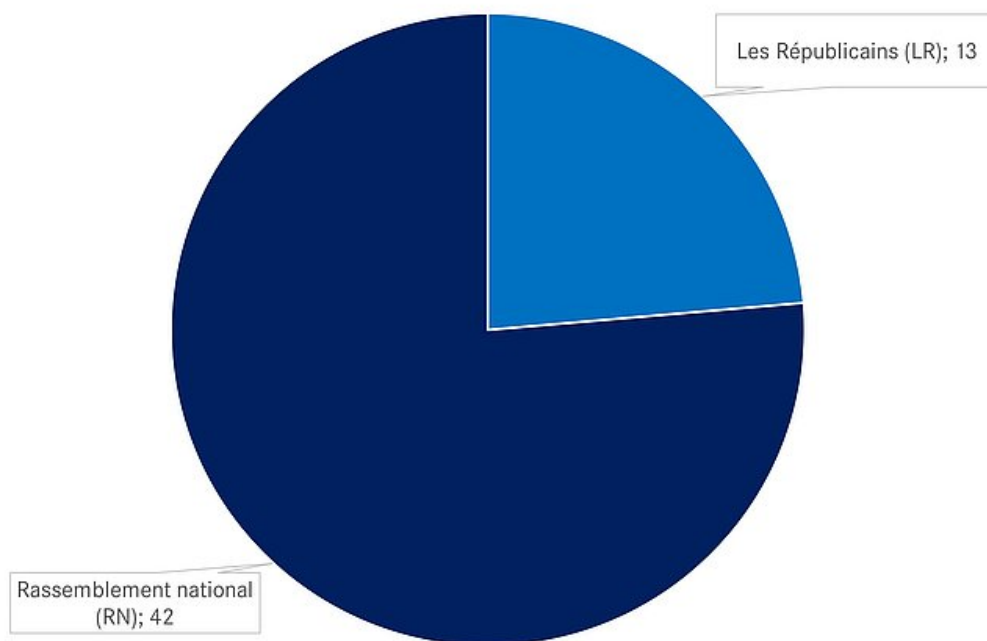
Die Kommunalwahlen in Perpignan (Stand 11.03.2026)

Ausgangslage

Seit 2020 ist Louis Aliot, Vizepräsident des Rassemblement National (RN) und enger Vertrauter von Marine Le Pen, Bürgermeister der Stadt Perpignan. Bereits 2008, 2009 und 2014 war er erfolglos angetreten, konnte jedoch bei jeder Wahl sein Ergebnis verbessern. 2020 erhielt seine Liste im zweiten Wahlgang 53,1 % der Stimmen und setzte sich damit überraschend gegen die des Kandidaten von Les Républicains (LR), Jean-Marc Pujol, durch, der von der gemäßigten Linken sowie den Macronisten unterstützt wurde.

Der RN bestimmte bis dahin nur von 1995 bis 2001 die Geschicke einer Stadt mit mehr als 100.000 Einwohnern – und zwar in Toulon. Der dortige Bürgermeister, Jean-Marie Le Chevallier wurde während seiner Amtszeit 2001 wegen der Veruntreuung öffentlicher Gelder verurteilt und musste sein Amt niederlegen.

Für seine Kampagne 2020 ließ sich Aliot vom Wahlsieg von Robert Ménard in Béziers im Jahr 2014 inspirieren, der eine Liste ohne offizielle RN-Kennzeichnung aufgestellt hatte. Zudem lud er mehrere Persönlichkeiten zu Wahlveranstaltungen ein, die dem RN nahestanden, ohne Parteimitglieder zu sein, darunter Thierry Mariani und Éric Zemmour. Im Gemeinderat konnte sich Aliot in den vergangenen sechs Jahren auf eine breite Mehrheit von 42 Sitzen stützen, die übrigen 13 entfallen auf die Liste von LR.



Sitzverteilung in Stadtrat von Perpignan

Bewerberfeld

Umfragen deuten darauf hin, dass in Perpignan fünf Listen Chancen auf den Einzug in die Stichwahl haben.

Trotz seiner Verurteilung im Prozess zur Veruntreuung von EU-Geldern, in dem auch Marine Le Pen schuldig gesprochen wurde und ihr passives Wahlrecht verlor, führt Louis Aliot (*1969) erneut die Liste des RN an. Für sie wird in Umfragen ein Stimmanteil von ca. 44 % im ersten Wahlgang prognostiziert. Das wäre ein Zuwachs von rund 8 % im Vergleich zur ersten Runde der Kommunalwahlen 2020.



Im Gegensatz zu vielen anderen Städten haben in Perpignan die Grünen und La France Insoumise (LFI) ein gemeinsames Bündnis unter der Führung des Soziologieprofessors Mickaël Idrac (LFI) geschlossen. Diese Liste dürfte etwa 17 % erreichen.



Auch die Parteien der politischen Mitte und der bürgerlichen Rechten (Renaissance, Horizons, Les Républicains, UDI und MoDem) treten mit einer gemeinsamen Liste an, die vom Unternehmer Bruno Nougayrède (*1978) angeführt wird. Sie wird derzeit bei rund 15 % gesehen.



Innerhalb der gemäßigten Linken herrscht hingegen Uneinigkeit. Ursprünglich sollte der Anwalt Mathias Blanc eine gemeinsame Liste der Parti Socialiste (PS) und der Parti Communiste français (PCF) anführen.

Stattdessen wurde schließlich Agnès Langevine, Vizepräsidentin der Region Occitanie und Mitglied der Partei Place Publique, als Spitzenkandidatin der offiziellen PS-Liste bestimmt. Mathias Blanc entschied sich daraufhin, eine eigene Liste aufzustellen, die vom PCF, der Parti radical de gauche sowie einigen Mitgliedern der PS unterstützt wird.



Herausforderungen der Wahl

Mit Blick auf seine sechsjährige Amtszeit als Bürgermeister wird Louis Aliot ein relativ geräuschloser Regierungsstil attestiert, der darauf abzielte, sich möglichst wenig angreifbar zu machen. Seine Bilanz gilt daher als gemischt, da allgemein nur wenige Fortschritte und Veränderungen wahrgenommen werden, z.B. in Bezug auf die erhoffte Stärkung des Einzelhandels in der Innenstadt oder die Renovierung verfallener Gebäude. Ein weiterer Kritikpunkt ist seine offenbar eher geringe Präsenz in der Stadt ([Radiobeitrag von Radio France](#)).

Bedeutsam für diese Wahl ist auch die mögliche Bestätigung der Verurteilung des amtierenden Bürgermeisters wegen der Veruntreuung von EU-Geldern. Die damit verbundene Strafe zu 18 Monaten Freiheitsentzug, davon sechs Monate ohne Bewährung mit elektronischer Fußfessel, und dem Entzug des passiven Wahlrechts für drei Jahre, ist noch nicht in Kraft, da Aliot (wie Marine Le Pen) dagegen Berufung eingelegt hat. Wenn das Urteil in der Berufungsverhandlung im Juli 2026 bestätigt wird, wäre Aliot im Falle seiner Wiederwahl eigentlich gezwungen, sein Amt niederzulegen. Er könnte aber auch den französischen Kassationsgerichtshof anrufen und auf diese Weise zumindest bis zu dessen Rechtsprechung (voraussichtlich Anfang 2027) Bürgermeister bleiben. Darüber hinaus bietet Perpignan ein aufschlussreiches Beispiel dafür, wie der RN Gemeinden führt: Hier, wie in vielen anderen von RN-Bürgermeistern regierten Städten wie Villers-Cotterêts oder Bruay-la-Buissière, wurden öffentliche Fördermittel für Kultureinrichtungen gestrichen, dennoch haben sich in einigen dieser Kommunen die Ausgaben aber deutlich erhöht. In Perpignan beispielsweise stiegen die Betriebsausgaben zwischen 2020 und 2024 von 157 auf 226 Millionen Euro. Zudem wurde Louis Aliot vorgeworfen, seine Frau eingestellt und Druck auf lokale Journalisten ausgeübt zu haben. Nachdem die Lokalzeitung l'Indépendant Fragen zu seiner politischen Zukunft nach seiner Verurteilung gestellt hatte, warf der amtierende Bürgermeister ihrer Redaktion vor, kokainsüchtig zu sein. Ähnlichen Druck mussten auch Journalisten in Toulon erleben, nachdem sie berichtet hatten, dass die dortige Spitzenkandidatin des RN Laure Lavalette nicht in Toulon, sondern in einer naheliegenden Stadt lebt.

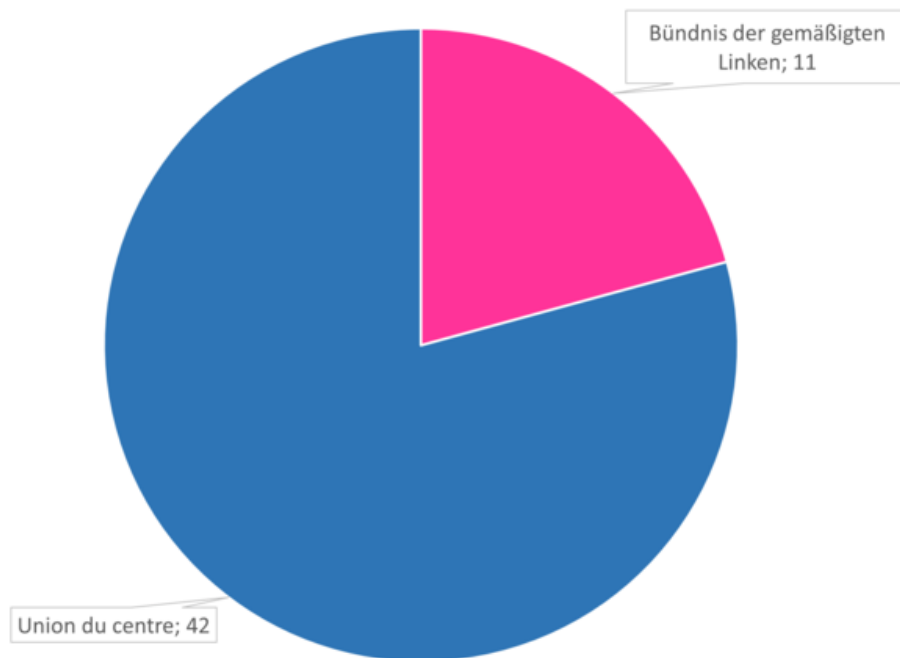
Die Oppositionslisten versuchen in Perpignan nun, sowohl die Kritik an der lokalen Politik als auch die juristischen Probleme des Bürgermeisters zu nutzen, um seine Wiederwahl zu verhindern. Die Linke ist in Perpignan jedoch noch stärker zersplittert als anderswo. Besonders bemerkenswert ist das Bündnis zwischen LFI und den Grünen, die andernorts meist mit den Sozialisten kooperieren. Die Spaltung der gemäßigten Linken in zwei konkurrierende Listen könnte letztlich Louis Aliot nutzen. Entscheidend wird daher sein, ob sich die verbliebenen linken Kandidaten mit geringen Erfolgsaussichten im zweiten Wahlgang zugunsten der bestplatzierten oppositionellen Liste zurückziehen.

Ausgangssituation

Der überraschende Wahlsieg des konservativen Politikers Guillaume Delbar bei der Kommunalwahl 2014 beendete eine fast einhundertjährige Vorherrschaft der Sozialisten in Roubaix. Eine Lokalzeitung kommentierte das Ergebnis seinerzeit mit der Schlagzeile: „Wie der PS das Udenkbare geschafft hat: Roubaix zu verlieren.“

Bei der Wahl 2020 trat Delbar erneut an. Seine von Renaissance (LREM) und Les Républicains unterstützte Liste erhielt im ersten Wahlgang 41,22% der Stimmen. Vor der zweiten Runde schlossen fast alle Linksparteien, La France insoumise ausgenommen, ein Wahlbündnis, um die Stadt für die Linke zurückzuerobern, dennoch wurde die Liste des amtierenden Bürgermeisters mit 56,2 % der Stimmen wiedergewählt.

Am 26. November 2025 wurde Delbar wegen Steuerbetrugs zu einer sechsmonatigen Bewährungsstrafe und zur Zahlung von 3.000 Euro verurteilt. Außerdem wurde ihm das passive Wahlrecht für zwei Jahre aberkannt. Daher musste er sein Amt zum 1. Dezember niederlegen. Zu seinem Nachfolger wurde am 11. Dezember sein Stellvertreter Alexandre Garcin gewählt, der bislang für die ökologische Transformation zuständig war.



Die Sitzverteilung im Stadtrat von Roubaix

Bewerberfeld

Laut einer am 7. März veröffentlichten Umfrage können vier Listen auf den Einzug in die Stichwahl hoffen:

Als klarer Favorit gilt die des lokalen Parlamentsabgeordneten David Guiraud (*1992), der die Liste des LFI anführt. Bei der Präsidentschaftswahl 2022 war Roubaix eine der wenigen Städte, in denen Jean-Luc Mélenchon im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der Stimmen (52,5 %) erhielt. Der in Roubaix zweitplatzierte Emmanuel Macron kam lediglich auf 19,77 %. David Guiraud selbst wurde bei den Parlamentswahlen 2022 und 2024 jeweils mit über 60 % der Stimmen gewählt. Seine Liste kann mit einem Stimmanteil von 44 % rechnen.



Zu einem weiteren wichtigen Herausforderer könnte Karim Amrouni werden, der eine gemeinsame Liste der gemäßigten Linken (PS, Grüne, PCF) anführt. Er hatte bereits im zweiten Wahlgang der Kommunalwahl 2020 das Bündnis der linken Parteien vertreten und führt seitdem die Opposition im Stadtrat. Seine Liste könnte im ersten Wahlgang etwa 23 % erzielen



Der amtierende Bürgermeister Alexandre Garcin steht an der Spitze einer Liste der politischen Mitte und der bürgerlichen Rechten (Renaissance, MoDem, UDI), sie wird voraussichtlich 18 % der Stimmen erhalten.



Der Wahlvorschlag des Rassemblement National (RN) könnte ebenfalls die für den Einzug in den zweiten Wahlgang erforderlichen 10 % erreichen. Auf Platz 1 seiner Liste hat der RN Céline Sayah nominiert, die derzeit als parlamentarische Assistentin der RN-Fraktion im Europaparlament arbeitet.



Im zweiten Wahlgang könnte laut Umfragen LFI-Kandidat Guiraud selbst im Falle eines Bündnisses zwischen den beiden Listen der Linken und Mitte-rechts den ersten Platz verteidigen (unabhängig davon, ob Karim Amrouni oder Alexandre Garcin eine solche gemeinsame Liste anführt).

Herausforderungen der Wahl

Schwierige Lebensverhältnisse sind ein zentrales Problem in Roubaix, das zu den ärmsten Städten Frankreichs zählt. Darüber hinaus stellt die meist niedrige Wahlbeteiligung eine große Herausforderung und zugleich eine Chance für alle kandidierenden Listen dar. An der Parlamentswahl 2022 beteiligte sich nur ein Drittel der Wahlberechtigten am ersten und zweiten Wahlgang; auch nach der überraschenden Auflösung der Assemblée nationale 2024 gaben nur knapp 53% ihre Stimme im zweiten Wahlgang ab (was gemessen an der landesweit außerordentlich hohen Wahlbeteiligung von über 66 % im ersten Wahlgang wenig war). Die Mobilisierung der Wählerinnen und Wähler könnte deshalb entscheidend für den Wahlausgang sein.

Die Kommunalwahl in Roubaix hat zudem eine besondere Bedeutung für die Partei von Jean-Luc Mélenchon. Die Stadt gehört zu den wenigen Kommunen mit mehr als 100.000 Einwohnern, in denen LFI realistische Chancen hat, den Bürgermeister zu stellen. Der Parlamentsabgeordnete David Guiraud genießt vor Ort große Popularität, und die jüngsten Wahlergebnisse deuten auf eine positive Dynamik für seine Partei hin. Darüber hinaus befindet sich die Stadt seit der Verurteilung des ehemaligen Bürgermeisters in einer politischen Krise, die einen Machtwechsel begünstigen könnte.

Auch aus nationaler Perspektive ist die Kandidatur von David Guiraud interessant. Er gehört zu den 332 Abgeordneten (rund 58 % der in der Nationalversammlung sitzenden Mandatsträger), die bei den Kommunalwahlen kandidieren. 101 von ihnen (17,5 % der Parlamentsmitglieder) führen sogar eine Liste an. Die meisten dieser Abgeordneten gehören dem RN (34), LFI (18) oder der Parti socialiste (12) an. Darüber hinaus treten auch drei Mitglieder der Regierung als Spitzenkandidaten an: die Sportministerin Marina Ferrari (in Aix-les-Bains), der Minister für ländliche Angelegenheiten Michel Fournier (in Voivres) und der Außenhandelsminister Nicolas Forissier (in La Châtre).

Die Gründe für dieses erhöhte Engagement sind unterschiedlich: Einige möchten ihre lokale Verankerung stärken, andere zeigen sich von der angespannten politischen Stimmung im Palais Bourbon und den institutionellen Blockaden zunehmend ermüdet. Für viele stellt die Kommunalwahl zudem einen wichtigen politischen Test im Hinblick auf die Präsidentschaftswahl 2027 dar. Die lokalen Ergebnisse der jeweiligen Partei sollen auch ermöglichen, die parteiinternen Machtverhältnisse abzustecken.

Die Kommunalwahlen in Bordeaux (Stand 13.03.2026)

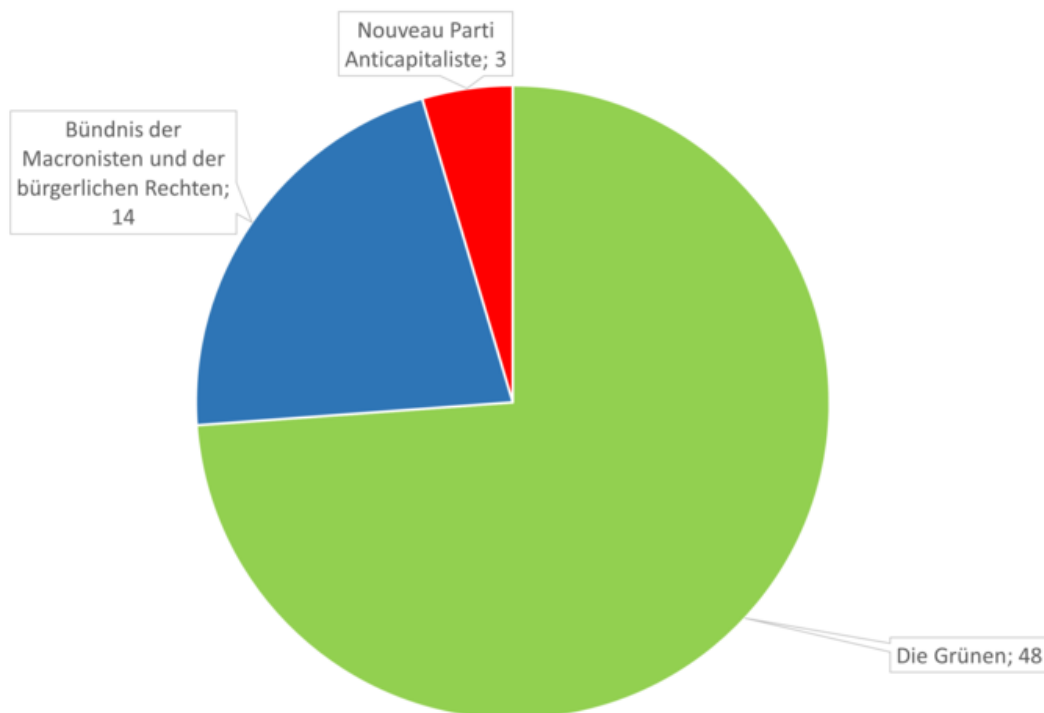
Ausgangssituation

Seit dem Wahlsieg von Jacques Chaban-Delmas im Jahr 1947 gewann die bürgerliche Rechte die Stadtratswahlen in Bordeaux stets bereits im ersten Wahlgang. Nachdem Chaban-Delmas nach knapp 50 Jahren als Rathauschef abtrat - er war über diesen langen Zeitraum übrigens parallel auch Abgeordneter sowie mehrfach Minister (noch in der IV. Republik), Präsident der Nationalversammlung (1958-1969, 1978-1981 und 1986-1988), Präsident der Region Aquitaine (1974-1979) und von 1969 bis 1972 sogar Premierminister -, bestimmte von 1995 bis 2019,

Alain Juppé als Bürgermeister die Lokalpolitik (mit einer zweijährigen Unterbrechung von 2004 - 2006 in Folge einer Verurteilung). Auch er war zwischenzeitlich Premierminister (1995-1997), musste aber nach wochenlangen Protesten gegen eine geplante Rentenreform zurücktreten. Unter Präsident Nicolas Sarkozy hatte er mehrfach Ministerposten inne. 2019 wurde Juppé in den französischen Verfassungsrat berufen und gab kurzfristig sein lokales Mandat zurück. Bis zu den Wahlen 2020 übernahm daraufhin Nicolas Florian, enger Vertrauter und damals einer seiner Stellvertreter (zuständig für Finanzen, Personal und Verwaltung), die Amtsgeschäfte. In Juppés Zeit als Bürgermeister wurden zahlreiche Veränderungen angestoßen, darunter die Einführung und der Ausbau eines stadtweiten Trambahnnetzes. Außerdem wuchs die Stadtbevölkerung um rund 50.000 Einwohnerinnen und Einwohner (auf ca. 265.000) und es entstanden mehrere große Neubauviertel.

Bei der Kommunalwahl 2020 führte sein Nachfolger Nicolas Florian die Liste der bürgerlichen Rechten an. Trotz eines Bündnisses mit der Liste der Macronisten unterlag sie im zweiten Wahlgang gegen die Liste der gemäßigten Linken mit dem grünen Spitzenkandidaten Pierre Hurmic, der zuvor 25 Jahre lang die Opposition im Stadtrat vertreten hatte. Zum ersten Mal seit mehr als 70 Jahren verloren die Konservativen damit das Bürgermeisteramt in Bordeaux.

Bemerkenswert war bei der Wahl 2020 auch der Einzug einer gemeinsamen Liste der Neuen Antikapitalistischen Partei (Nouveau Parti anticapitaliste) und von La France insoumise (LFI) unter der Führung des zweimaligen Präsidentschaftskandidaten Philippe Poutou in den Stadtrat.



Die Sitzverteilung im Stadtrat von Bordeaux

Bewerberfeld

In Bordeaux könnten vier Listen den Einzug in den zweiten Wahlgang schaffen.

Der amtierende Bürgermeister Pierre Hurmic (*1955) führt erneut eine Liste der gemäßigten Linken (Ecologistes, PS, PCF) an. Den jüngsten Umfragen zufolge könnte diese Liste etwa 31 % der Stimmen erhalten.



Die Parteien der politischen Mitte und der bürgerlichen Rechten (Renaissance, Horizons, LR) haben ebenfalls eine gemeinsame Liste aufgestellt. Ursprünglich sollte an ihrer Spitze Nicolas Florian, der ehemalige Bürgermeister und Oppositionsführer im Stadtrat, stehen. Da er unerwartet im Alter von 55 Jahren in Folge eines Schlaganfalls verstarb, übernahm der Renaissance-Abgeordnete Thomas Cazenave (*1978) seinen Platz. Mit rund 26 % der Wahlabsichten gilt diese Liste als wichtigster Herausforderer für die bestehende Mehrheit.



Der Ökonomie-Professor Philippe Dessertine (*1963) ist Spitzenkandidat einer unabhängigen Liste der politischen Mitte, die rechtsbürgerliche Ideen vertritt und laut aktuellen Umfragen mit einem Stimmanteil von rund 17 % im ersten Wahlgang rechnen kann.



Wie in vielen anderen französischen Städten tritt LFI auch in Bordeaux mit einer eigenen Liste an, die unter der Führung von Nordine Raymond ebenfalls die für den Einzug in den zweiten Wahlgang nötigen 10 % der Stimmen erreichen könnte.



Herausforderungen der Wahl

Nach der „grünen Welle“ bei den Kommunalwahlen 2020 stellt sich 2026 die Frage, ob die damals gewählten grünen Bürgermeister ihre kommunale Führungsrolle behaupten können. Im Vergleich zu anderen Städten wie Straßburg oder Lyon verfügt Pierre Hurmic jedoch über gute Chancen auf eine Wiederwahl. Seine politische Bilanz wird bislang weniger stark kritisiert, und selbst führende Vertreter der lokalen Républicains geben zu, dass er in seiner Amtszeit durchaus positive Veränderungen in der Stadt bewirkt hat.

Um die Wahl gewinnen zu können, ist sein Herausforderer Thomas Cazenave auf die Stimmen der Wählerinnen und Wähler von Philippe Dessertine angewiesen. Falls der Ökonom die Kandidatur seiner Liste im zweiten Wahlgang aufrechterhalten sollte, würde davon voraussichtlich der amtierende Bürgermeister profitieren. Bis vor Kurzem schloss Dessertine ein Bündnis mit den Parteien der Mitte und der Rechten aus, angesichts der zu erwartenden Ergebnisse im ersten Wahlgang sollen inzwischen aber erste informelle Kontakte zwischen beiden Listen über ein mögliches Bündnis aufgenommen worden sein.

Bordeaux gehört zu den wenigen größeren Städten, in denen ein Vertreter der Macronisten die Führung einer gemeinsamen Liste übernommen hat. In Städten wie Paris, Lyon, Nizza oder Marseille hat die Partei des Präsidenten darauf verzichtet, eigenständige Listen aufzustellen, und sich stattdessen darum bemüht, lokale Bündnisse mit anderen Parteien zu schließen und möglichst viele ihrer Mitglieder auf den gemeinsamen Listen zu platzieren.

Diese Strategie ist eine Folge der für die Präsidentenpartei Renaissance enttäuschenden Ergebnisse bei den Kommunalwahlen 2020. Damals hatte sie sich zum Ziel gesetzt, 10.000 lokale Mandate zu gewinnen. Tatsächlich stellt sie heute jedoch lediglich in etwas mehr als 400 Gemeinden den Bürgermeister und hat nur ca. 2.300 lokale Mandatsträger. Die größte von Renaissance regierte Stadt ist Nevers mit rund 33.000 Einwohnern.

Die Schwierigkeiten der Partei, eine stärkere lokale Verankerung aufzubauen, ähneln der Situation von LFI: Beide Parteien entstanden ursprünglich als politische Bewegungen in Zusammenhang mit den Präsidentschaftskandidaturen ihrer Führungsfiguren Emmanuel Macron und Jean-Luc Mélenchon und standen vor der Herausforderung, ihr längerfristiges Fortbestehen durch eine Verankerung auf lokaler Ebene zu sichern. Während Renaissance nur noch Schadensbegrenzung betreibt, versucht La France Insoumise mit der landesweiten Aufstellung eigener Listen, möglichst viele lokale Mandate zu gewinnen und hat dabei – wie der RN – auch die Senatswahlen im Herbst im Blick. Auch das ist – neben dem Zerwürfnis mit den Sozialisten – ein Grund, weshalb LFI die eigenen Listen im Falle eines Einzugs in die zweite Runde vielerorts erneut ins Rennen schicken könnte, anstatt andere, aussichtsreicher platzierte linke Kandidaten zu unterstützen.

Medienbeiträge des dfi zu den Kommunalwahlen in Frankreich

21.03.2026 | WAHLEN

„Die Zersplitterung der Parteienlandschaft hat eine Desorientierung der Wählerschaft zur Folge“

2026

Stefan Seidendorf erläutert im Interview mit WDR5 die politische Stimmung in Frankreich vor dem zweiten Wahlgang der Kommunalwahlen am 22. März 2026

Mehr Klimaschutz, weniger Autoverkehr – Lyon vor der Kommunalwahl

2026

Dominik Grillmayer äußert sich in einem Beitrag des Deutschlandfunks zur Kommunalwahl in Lyon über die Resultate der Politik der grünen Stadtführung

Deutsch-Französisches
Institut
[Asperger Straße 34](#)
[D-71634 Ludwigsburg](#)
Telefon: [+49 \(0\) 7141 93
03 0](#)
Telefax: [+49 \(0\) 7141 93
03 50](#)
Allgemeine Anfragen:
info@dfi.de
Presseanfragen:
presseanfrage@dfi.de

Frankreich-Bibliothek (dfi)
[Asperger Straße 30](#)
[D-71634 Ludwigsburg](#)
Telefon: [+49 \(0\) 7141 93
03 34](#)
Telefax: [+49 \(0\) 7141 93
03 55](#)
[frankreich-
bibliothek@dfi.de](#)

[Impressum](#)
[Datenschutz](#)
[Kontakt](#)
[Cookie-
Einstellungen](#)